

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Rudolf von Thadden
Preußen –
Ein Weg in die Moderne?

Wolfgang Wippermann
Nationalsozialismus
und Preußentum

Jörg Bernhard Bilke
Preußentum
und DDR-Sozialismus

ISSN 0479-611 X

B 52-53/81
26. Dezember 1981

Rudolf von Thadden, Dr. phil., geb. 1932; Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen.

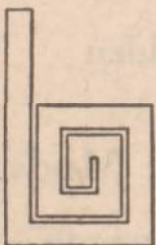
Veröffentlichungen u. a.: Die brandenburgisch-preußischen Hofprediger im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 1959; Fragen der Kirchenreform (hrsg. m. Harald von Rautenfeld), Göttingen 1964; Restauration und napoleonisches Erbe. Der Verwaltungszentralismus als politisches Problem in Frankreich 1814—1830, Wiesbaden 1972; Das liberale Defizit in den Traditionen des deutschen Konservatismus und Nationalismus, in: Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen (Hrsg.), Göttingen 1978; Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates, München 1981.

Wolfgang Wippermann, Dr. phil., geb. 1945; Assistenzprofessor und Privatdozent für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1972, 1980⁴; Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung, Darmstadt 1977 (zusammen mit Hans-Ulrich Thamer); Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979; Der ‚deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981; Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Habil. Schr. FU Berlin 1978 (im Druck); Broschüren und Aufsätze in Sammelwerken und Fachzeitschriften zu den Problemen des Faschismus, Marxismus, der deutschen und osteuropäischen Historiographie und der jüdischen Geschichte.

Jörg Bernhard Bilke, Dr. phil., geb. 1937 in Berlin; 1958—1961 Studium der Literaturwissenschaft in Berlin (West) und Mainz; als Mitarbeiter der Mainzer Studentenzeitschrift „nobis“ 1961 auf der Leipziger Buchmesse verhaftet und zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt; im Sommer 1964 freigekauft. Fortsetzung des Studiums in Mainz; 1966/67 Lektor in Schweden, 1972/73 Gastdozent in Bloomington/Indiana; 1972 Gründung des Archivs für DDR-Literatur und DDR-Germanistik in Mainz (heute Bonn); 1977/78 Kulturredakteur der „Welt“ in Bonn; seit 1981 Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung; Mitarbeit bei zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften.

Veröffentlichungen: Troglodytische Jahre. Meine Jugend in Deutschland. Autobiografischer Bericht, Mainz 1965/66; Auf schreckliche Weise in der Fremde. DDR-Autoren im „westdeutschen Exil“, Berlin 1979; Die Revolutionsthematik in der frühen Prosa von Anna Seghers (1927—1932), Wiesbaden 1979; Menschenrechte im SED-Staat, Bonn 1980; DDR-Literatur. Zeitungswahrheit oder Literaturwahrheit?, Weinheim 1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Preußen — Ein Weg in die Moderne?

Ich möchte mit der Schilderung einer Gesprächserfahrung beginnen, die — was den Ausgangspunkt betrifft — wohl viele in diesem Jahr gemacht haben werden. Der Ausgangspunkt war die immer wieder gestellte Frage: „Warum wird Preußen gegenwärtig so viel Interesse entgegengebracht?“ Die Partner meines Gesprächs waren jedoch keine Deutschen, sondern Engländer und Franzosen, die Mühe hatten, das aktuelle Preußen-Interesse der Deutschen zu verstehen. Die Engländer rätselten, ob es sich mehr um ein echtes oder mehr um ein künstliches Interesse handele; die Franzosen hatten dagegen eine verblüffend einfache Erklärung bereit: „Alle Völker“, so sagten sie, „haben Sehnsucht nach einem Stück ‚Ancien régime‘. Die Engländer befriedigen in Feiern wie der königlichen Hochzeit einen Teil davon, und die Deutschen versuchen — in Ermangelung vergleichbarer Möglichkeiten —, mit großen Ausstellungen etwas Ähnliches zu erreichen.“

Preußen: ein Stück ‚Ancien régime‘, ein Stück ständisch geprägte alte Welt der Deutschen — ist dies das Motiv der diesjährigen Preußen-Ausstellung in Berlin, das Motiv unseres gegenwärtigen Preußen-Interesses? So einleuchtend der französische Erklärungsversuch auch im Augenblick zu sein schien, so zwiespältig nimmt er sich doch bei näherem Zusehen aus. Preußen — ein Stück ‚Ancien régime‘: das hätte — wenn es so wäre — zweierlei zugleich. Es würde besagen, daß Preußen als historisches Phänomen vor allem unter dem Blickwinkel des Vormodernen Aufmerksamkeit verdient. Und es würde außerdem anzeigen, daß Preußen als Thema unseres aktuellen Interesses überwiegend nostalgiebestimmte Bedeutung hat.

Wenn Preußen in die Perspektive eines Stücks ‚Ancien régime‘ der Deutschen rückt, ergibt

Um eine Nachlese ergänzte Rede zur Eröffnung der Preußen-Ausstellung in Berlin am 15. August 1981

Gewiß: Für beide Annahmen gibt es durchaus Anhaltspunkte in der gegenwärtigen Preußen-Diskussion. Es gibt Historiker, die das Wesentliche der preußischen Geschichte in ihren vormodernen Zügen sehen. Und es gibt Publizisten, die am gegenwärtigen Preußen-Interesse für bedeutsam halten, daß es ein ruhender Gegenpol zur Hektik der Gegenwart sein und manchen Verflachungserscheinungen in unserem politischen Selbstverständnis entgegenwirken könnte.

Aber, so müssen wir hier fragen, warum dann Preußen und nicht andere Teile unserer Geschichte? Bieten sich, wenn es um Sehnsucht nach ‚Ancien régime‘ gehen sollte, nicht andere Länder oder Kulturbereiche eher an, haben nicht das Rheintal oder der Süden Deutschlands mehr von dieser vormodernen Welt, deren Zauber uns vielleicht Entspannung in den Zwängen einer übermächtigen Moderne gewähren könnte? Vor allem aber: Sind es wirklich in erster Linie Sehnsüchte nach besseren Welten oder nach tieferer Verwurzelung unserer Existenz, die uns 34 Jahre nach der formellen Auflösung des preußischen Staates wieder stärker nach dessen Geschichte fragen lassen?

Ich möchte auf diese Fragen zu antworten versuchen, indem ich einige Gedanken sowohl zu Preußen als historischem Phänomen als auch zu Preußen als Thema unserer Zeit vortrage. Ich tue dies im Bewußtsein der Tatsache, daß jeder einzelne der beiden Teile Stoff genug für eine eigene Abhandlung böte, glaube aber vor dem Hintergrund der Preußen-Ausstellung keinen der beiden Aspekte vernachlässigen zu dürfen.

I. Preußen als historisches Phänomen

sich zwangsläufig die Frage, wie altertümlich oder umgekehrt: wie modern es eigentlich gewesen ist. Diese Frage ist keine Entdeckung unserer Zeit. Sie bewegt sich, seitdem es ein Bewußtsein von Modernisierungsproblemen gibt, zwischen der bisweilen feindseligen An-

klage, Preußen sei ein rückständiger Feudalstaat geblieben, und der begeisterten Lobpreisung, Preußen sei — jedenfalls zeitweilig — der modernste Staat Europas gewesen. Die einen sahen in Preußen ein fatales Experiment der Verlängerung und Befestigung überalterter Sozialstrukturen in weit darüber hinaus fortgeschrittenen Zeitverhältnissen. Die anderen hielten es für einen gelungenen Schritt aus dem Mittelalter heraus, für ein Stück Überwindung dessen, was im alten Europa als ‚Ancien régime‘ bezeichnet worden ist. In manchen Fällen stehen Anklage und Lobpreisung dicht beieinander. So kann derselbe preußische Dichter Theodor Fontane in einer bestimmten Situation von Preußen als dem „Staat der Zukunft“ reden und wenige Jahre später es als untüchtig für neue Aufgaben bezeichnen¹⁾.

Solche Beurteilungskonflikte waren nie nur akademischer Natur. Sie waren und sind eingebettet in reale Positionskonflikte, die sich kaum losgelöst von Alternativen ausdrücken. So achtete man auf den Modernitätsgrad Preußens besonders genau in der Konkurrenz zu Österreich, als sich im Zeitalter des Kampfes um nationale Einigung die Frage stellte, ob die in der 48er Revolution sichtbar gewordenen Strukturprobleme mehr durch *Unterdrückung* oder mehr durch *Aufnahme* von Strömungen der Zeit gelöst werden könnten. Hier sollte es von entscheidender Bedeutung für den weiteren Weg nicht nur Deutschlands werden, daß Preußen in diesen Jahrzehnten weniger konterrevolutionär reagierte als Österreich, daß es stärker die Auseinandersetzung mit den vorwärtsdrängenden Kräften der Zeit aufnahm. Es ging, so könnte man formulieren, auf die Bewegung des Zeitalters ein, ließ sich aber nicht von ihr ins Schlepptau nehmen. Es stellte sich den Veränderungen der politischen Landschaft, ließ sich aber nicht von ihrem Geiste leiten. Es griff die Ergebnisse der Revolution auf, verschloß sich aber gegenüber ihren Impulsen.

Dies war alles andere als eine revolutionsfreundliche Haltung. Sie trug auch keineswegs

¹⁾ So in einer Rezension Fontanes von Gustav Freytags ‚Soll und Haben‘ von 1855, in: Sämtliche Werke, Bd. 21, I, S. 225; und sein Brief an Georg Friedlaender vom 5. 4. 1897, in: Briefe an Georg Friedlaender, hrsg. v. Kurt Schreinert, Heidelberg 1954, S. 310.

nur zur Entschärfung von Gegnerschaften bei. Aber sie machte Entwicklungen möglich, die — richtig begriffen — aus den Blockaden allzu einfacher Antithesen herausführen konnten. Kaum jemand hat dies damals deutlicher erkannt als Lassalle, der im Unterschied zu Marx auf die preußische Karte setzte und die in der preußischen Staatlichkeit enthaltenen Modernitätsansätze für seine Politik des sozialen Fortschritts zu nutzen gedachte. Aber nicht nur der kleindeutsche Lassalle, auch der österreichfreundliche, großdeutsch denkende August Bebel begriff auf seine Weise sehr wohl, daß gerade der größere Modernitätsgrad Preußens im Vergleich zu Österreich Rückwirkungen auf den Verlauf der politischen und sozialen Auseinandersetzungen haben mußte.

In seinen kurz vor dem Ersten Weltkrieg erschienenen Erinnerungen wog er Vor- und Nachteile des preußischen Sieges über Österreich ab und kam dabei zu dem aufschlußreichen Urteil, daß ein Sieg Österreichs als Sieg eines weniger effektiven Staates mehr Luft für Volksbewegungen gelassen hätte: „Österreich“, so überlegte er, „war und ist nach seiner ganzen Struktur ein innerlich schwacher Staat, ganz anders als Preußen. Aber die Regierung eines starken Staates ist für dessen demokratische Entwicklung gefährlicher.“ Eine österreichische Regierung hätte Bebel zufolge nach einem Siege über Preußen versucht, *reaktionär* zu regieren. Aber sie hätte genau damit das Volk nicht nur in Preußen gegen sich aufgebracht und eine Revolution ermöglicht. „Die demokratische Einigung des Reiches“, so schließt Bebel, „wäre die Folge gewesen. Der Sieg Preußens schloß das aus.“²⁾

Nach diesen vielschichtigen und sicherlich auch in mancher Hinsicht anfechtbaren Worten Bebels ist es also gerade die innere Stärke des preußischen Staates gewesen, die ihn über Österreich siegen und entsprechend für eine revolutionäre Entwicklung Deutschlands gefährlich werden ließ. Nicht ein ‚Ancien-régime‘-Preußen siegte über ein wie auch immer schwaches Österreich, sondern ein durch vergleichsweise größere Modernität stärker gewordenes Preußen überwand ein überalterten

²⁾ August Bebel, Aus meinem Leben, 1. Teil, 1. Aufl. Berlin 1910, hier zitiert nach der Ausgabe von 1946 (Berlin), S. 145.

Strukturen verhaftetes und deshalb schwaches Österreich. In dieser Alternative war also das ‚Ancien régime‘ eindeutig mehr in Österreich verankert — so sehr dies auch neue Probleme im nunmehr durch Preußen geführten Deutschland schaffen sollte.

Als nicht geringer stellte sich der Modernitätsvorsprung Preußens im Vergleich zu einem anderen Staat des alten Europa dar: im Vergleich zur alten Adelsrepublik Polen (im 18. Jahrhundert). Auch hier erwies sich Preußen — nicht nur aufgrund seiner Armee — als das leistungsstärkere Staatswesen, auch hier wurde der Kontrahent durch größere ‚Ancien-régime‘-Belastungen geschwächt. Ohne die verwerflichen Teilungen Polens — ohne die es keinen Ausbau Preußens zu einer europäischen Großmacht gegeben hätte — nur auf innere Schwächen der alten Adelsrepublik zurückführen zu wollen, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Polen Modernitätsdefizite hatte, die seine Teilung erleichterten.

Diese Defizite hatten in den Augen des preußisch-ostdeutschen Bürgertums nicht nur politische, sondern auch soziale Gründe, so ambivalent diese auch sein mochten. So ließ der Schlesier Gustav Freytag in seinem im Bürgertum so beliebten Roman ‚Soll und Haben‘ das bürgerliche Selbstbewußtsein zweier Preußen in kritischer Distanz zum polnischen Adel Kontur gewinnen. In einer Unterhaltung der beiden deutschen Kaufleute des Romans über das aufständische Polen der dreißiger Jahre urteilt der eine mit Zielrichtung gegen den polnischen Adel: „Es gibt keine Rasse, welche so wenig das Zeug hat, vorwärts zu kommen ... Dort drüben erheben die Privilegierten den Anspruch, das Volk darzustellen. Als wenn Edelleute und leibeigene Bauern einen Staat bilden könnten!“ Darauf erwidert der andere Kaufmann: „Sie haben keinen Bürgerstand“, woraufhin der erste Kaufmann noch einmal einwirft: „Es ist merkwürdig, wie unfähig sie sind, den Stand, welcher Zivilisation und Fortschritt darstellt und welcher einen Haufen zerstreuter Ackerbauern zu einem Staat erhebt, aus sich heraus zu schaffen.“³⁾

Solche zweifellos auch anfechtbaren Deutungen polnischer Verhältnisse aus preußisch-

deutscher Sicht — auf die der polnische Adel übrigens mit Karikaturen preußisch-deutscher Bürgerlichkeit im Sinne pedantischer Ordnungsliebe und Staatsfrömmigkeit antwortete — zeugen nicht von Rückständigkeitsbewußtsein. Sie machen vielmehr deutlich, wie weit das Überlegenheitsgefühl von Preußen im 19. Jahrhundert reichen konnte: bis hin zur Verdrängung der eigenen ‚Ancien-régime‘-Grundlagen, die doch trotz zahlreicher Ansätze von staatlichen Reformen das Leben des Alltags prägten.

Wiederum anders nahm Preußen sich im Wettstreit mit dem europäischen Westen aus. Hier war es weniger die bloße Gegenüberstellung von Modernität und ‚Ancien régime‘, die in der Diskussion eine Rolle spielte, als vielmehr ein Vergleich der unterschiedlichen Formen, einen Weg vom Mittelalter in die moderne Welt zu finden. Im Gegensatz zu Frankreich vor allem, das nur durch revolutionäre Umwälzungen aus den Bindungen seines ‚Ancien régime‘ herauszutreten vermochte, betonte man in Preußen die Möglichkeit, auch ohne Revolution den Durchbruch zur Moderne zu schaffen. Bis ins 20. Jahrhundert hinein blieb es weithin preußische Maxime, dem westlichen Weg revolutionsgeprägter Demokratisierung der Gesellschaft einen eigenen Weg revolutionsloser Modernisierung jedenfalls staatlicher Machtfaktoren entgegenzusetzen — zur besseren Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen.

Auch noch, als sich dies als zunehmend schwierig erwies — im Vor- und Umfeld des Ersten Weltkriegs —, hielt das nunmehr ins Deutsche Reich hineingewachsene Preußen an seinem Weg zwischen ‚Ancien régime‘ und Revolution fest: jetzt ganz konkret in seiner Doppelfront gegen das feudale Zarenrußland und die Demokratien des Westens. In dieser Frontstellung trat es nicht als Anwalt des europäischen ‚Ancien régime‘ gegen den Fortschrittsanspruch des Westens auf, sondern agierte als eigentümliche Mischung von Modernismus und Traditionalismus.

Wie weit die Abgrenzung gegenüber dem Westen führen konnte, zeigt eine Äußerung eines anderen gebürtigen Schlesiers, der von starkem preußischen Selbstgefühl durchdrungen war: eine Äußerung von Ernst Niekisch aus dem Jahre 1930. Angesichts der drohenden

³⁾ Gustav Freytag, Soll und Haben, Roman in sechs Büchern mit einem Nachwort von Hans Mayer, München 1977, S. 330f.

Machtergreifung Hitlers sieht er in konsequenter Distanz zu den bürgerlichen Wertvorstellungen des Westens die Preußen angemessene Form des Widerstandes und setzt dabei die Akzente geradezu umgekehrt wie sein Landsmann Gustav Freytag im Dialog mit Polen. Er schreibt: „Der preußische Lebensstil war das bedingungslos Un- und Antibürgerliche; der preußisch-deutsche Staat mit seinen militärischen, feudalen und autokratischen Formen war der Staat, den der Bürger je länger desto mehr unerträglich fand: dieser Staat widersprach seinem Lebensgefühl.“ Dementsprechend sah Niekisch Berührungspunkte zwischen Linien der preußischen und der sozialistischen Entwicklung, die alle von der bürgerlichen Welt wegführten⁴⁾.

Preußen hatte also viele Gesichter und ist nicht auf einfache Formeln zu bringen. Dem Westen gegenüber konnte es als vergleichsweise wenig bürgerlich und liberal erscheinen, dem Osten gegenüber wirkte es jedoch als Land, das weit über das ‚Ancien régime‘ hinausgewachsen war. Und dies entsprach seiner geographischen Lage: Vom Niederrhein bis an die Memel reichend, hatte es Berührungspunkte sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten Europas. Je nach der Orientierung hatte es verschiedene Aspekte.

Und doch ist das Phänomen Preußen nicht einfach auf geographische Relationen zu reduzieren. Seine Position zwischen altständischer Welt und moderner Demokratie hat auch etwas mit seiner inneren Struktur zu tun, mit

seiner Verfassung im vollen Sinn des Wortes. Niemand hat dies schärfer gesehen und prägnanter formuliert als der große französische Analytiker sozialer Verhältnisse: Alexis de Tocqueville. In seiner Studie über das Allgemeine Preußische Landrecht (im Anhang zu seinem Werk über das Ancien régime und die Revolution) spricht er von Preußen als einer Verbindung von „modernem Kopf“ und „altfränkischem Rumpf“, die sich bisweilen wie ein Zwitter ausnehme: „un être monstrueux qui semble une transition d'une création à une autre“⁵⁾. Preußen — ein Übergang von einer alten in eine neue Gestalt: das will mir als die glücklichste Formulierung dessen erscheinen, was die historische Realität des Hohenzollernstaates in ihrer politischen, sozialen und nicht zuletzt auch kulturellen Komplexität ausmacht. Sie behält beides im Blick: die preußische Leistung der Modernität von Verwaltung, Rechtsstaat und industrieller Entwicklung und — unverkürzt — die gesellschaftliche Basisproblematik des preußischen Staates, die sich, je länger, desto mehr, schließlich auch staatsgefährdend auswirken sollte.

Wie man es also dreht und wendet: es wird schwer fallen, Preußen als unverbindliches Stück ‚Ancien régime‘ der Deutschen hinzustellen. Zu einem Fluchtpunkt in einer bedrängten und bedrängenden Moderne taugt es nicht. Weil es selber so stark in unsere moderne Welt hineinreicht, kann es kein bloßer Museumsgegenstand sein. Eine Preußen-Ausstellung ist etwas anderes als eine Staufer-Ausstellung.

II. Preußen als Gegenstand gegenwärtigen Interesses

Aber was ist sie dann? Und damit bin ich bei dem zweiten — gegenwartsnäheren — Teil: Was hat die Beschäftigung mit preußischer Geschichte heute zu bedeuten?

Wenn man die Intentionen der für die Preußen-Ausstellung Verantwortlichen in Betracht zieht, dann ist die erneute Aufmerksamkeit für preußische Geschichte jedenfalls eines nicht: eine Flucht vor der uns umgebenden Wirklichkeit, ein Versuch der Emigration aus der Gegenwart in die Vergangenheit. Eher

wird man sagen können, daß das neue Preußen-Interesse Ausdruck eines wachsenden kritischen Empfindes für die flache Verwurzelung unserer Gegenwart ist, daß es ein Verlangen nach stärkerer Verankerung der Gegenwart im Boden der Geschichte signalisiert.

Damit sind freilich Gefahren verbunden, die ohne Verzug genannt werden sollten: Wenn es zutrifft, daß das verstärkte Geschichtsinteresse der heutigen Zeit zu weiten Teilen aus einem Gefühl der Unsicherheit und der Manipu-

⁴⁾ Ernst Niekisch, Entscheidung, Berlin 1930, S. 48.

⁵⁾ Alexis de Tocqueville, Oeuvres complètes, Bd. II, 1, Paris 1952, S. 269.

liebarkeit entspringt, wenn es ferner einen Zusammenhang zwischen dem Verlangen nach mehr geschichtlicher Fundierung und der Klage über Erscheinungen einer „Technokratie ohne Gedächtnis“ gibt, dann ist die Gefahr groß, daß Geschichte zum bloßen Versatzstück von Augenblicksinteressen wird. Dann steht zu befürchten, daß die Geschichte ihre kritische Funktion der Gegenwart gegenüber verliert und nur noch untermauert, was ohnehin an politischen Vorstellungen vorhanden ist.

Und diese Gefahr ist nicht ganz von der Hand zu weisen. In der DDR ist die Neigung zur Instrumentalisierung der Geschichte für politische Gegenwartsinteressen ohnehin ersichtlich. Aber auch in der Bundesrepublik gibt es Anzeichen dafür, daß man die Geschichte lieber als Kitt für brüchig werdende Stellen im Mauerwerk benutzt, als daß man sich kritisch mit ihr auseinandersetzt. Im Falle Preußen ist das sichtbarste Beispiel dafür die neu entfachte Tugend-Diskussion. Als taugte die preußische Geschichte zu nichts anderem als zur Lieferung von Ordnungsmodellen, wird die Besinnung auf ihre Inhalte vielfach allzu simpel als Gelegenheit zur Wiederaufwertung sogenannter preußischer Tugenden betrachtet.

Dabei wird mindestens zweierlei vergessen: Zum einen wird verdrängt, daß keineswegs nur in Preußen Ordnungsliebe, Pflichterfüllung oder Sparsamkeit Geltung hatten. Zum anderen wird verkannt, daß die bisweilen gegengewichtslos hohe Wertschätzung dieser Eigenschaften in Preußen an bestimmte Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Existenz gebunden war, die in unserem heutigen Staatswesen nicht in gleicher Weise gegeben sind. So bedurfte Preußen in mancher Hinsicht der starken Betonung von Ordnungsqualitäten, um seinen Mangel an anderen Kraftquellen ausgleichen zu können, seinen Mangel vor allem an gesellschaftlichem Zusammenhalt. Das aber trifft für die Bundesrepublik nicht zu. Sie hat trotz mancher Mängel der politischen Kultur inneren Zusammenhalt und politische Substanz genug, um Sparsamkeit und Pflichtbewußtsein walten zu lassen, ohne dabei Preußen als „Modell“ strapazieren zu müssen. Ein demokratisches Staatswesen verfügt schließlich auch noch über andere Werte, die seinen Bestand sichern helfen können.

Plausibler erscheint ein anderes, gelegentlich sichtbar werdendes Motiv gegenwärtigen Preußen-Interesses: die Suche nach Bezugspunkten in der Geschichte zur besseren Konturierung der eigenen Identität. Hierhin gehört die Frage nach den Auswirkungen der Einigung Deutschlands durch Preußen auf die politische Mentalität der Deutschen (im Vergleich zu anderen Nationen). Hierhin gehört aber auch die fast noch wichtigere Frage, welche Folgen der Eintritt Deutschlands in die Welt moderner Industriegesellschaften im Zeichen erfolgreich durchgesetzter preußischer Autoritätsvorstellungen gehabt hat — nicht zuletzt für das Sozialverhalten der Deutschen. Es ist nicht unnützlich, ins Bewußtsein zu heben, welche Prägungen unser Volk — in seinen beiden Teilen übrigens! — aus seiner preußischen Vergangenheit mitbringt. Es ist sogar nötig, dies zu tun, wenn man mit Angehörigen anderer Nationen über Vor- und Nachteile bestimmter geschichtlicher Entwicklungen sinnvoll sprechen will.

Diese Identitätsprobleme stellen sich heute deutlicher als in den vergangenen Jahren der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten. Während es damals Platz für alle und auch für offene Experimente gab, wird heute strenger nach den Qualifikationsmerkmalen, nach den Sicherungen und Gefährdungen gefragt. Und da will es dann nicht mehr ausreichen, allein Ziele und Absichten zu bekunden; es muß auch deutlich gemacht werden können, aus welchen Quellen sie sich speisen. Die Frage, wo ein Weg herkommt, zählt wieder neben der, wo ein Weg hinführt. Geschichtliche Erfahrungen wiegen wieder.

Aber nicht nur die geringer gewordenen Handlungsspielräume, auch manche zerronnenen politischen Hoffnungen mögen im Hintergrund von Rückbesinnungen auf die eigene Geschichte stehen. So hat es für das neue Preußen-Interesse ganz zweifellos Bedeutung, daß weiterreichende politische Perspektiven sich als wenig greifbar und konkret erwiesen haben. Europa scheint in fernen Horizonten zu verschwimmen, Deutschland als Ganzes hat aber ebenfalls nicht als erfahrbare Realität hinzugewonnen, so daß teilstaatliche Traditionen wieder stärker Beachtung finden. Mehr als bisher auf sich selbst gestellt, müssen die Deutschen der Bundesrepublik und auch der

DDR ihre Identitätsgrundlagen reflektieren, zu denen nicht zuletzt die Geschichte der sie bildenden Territorien gehört.

Das gegenwärtige Preußen-Interesse ist also weit mehr als nur museal, wenn es andererseits auch sicherlich nicht so unmittelbar politisch ist, wie weniger wohlwollende Kritiker unterstellen. Weder ist die Besinnung auf preußische Geschichte ein kunstvoll ausgedachtes Mittel zur Reaktivierung der deutschen Frage, noch ist sie eine simple Reaktionserscheinung, ein Element politischer Gegensteuerung nach den Jahren eines unbeschwernten Aufbruchs zu neuen Ufern. So einfach sind Motivationen in der Regel nicht gelagert.

Wohl aber wird man sagen können, daß das gegenwärtige Preußen-Interesse indikatorische Bedeutung hat. Es zeigt an, daß in der politischen Landschaft unserer Konsumgesellschaft bestimmte Defizite vorhanden sind, die nach Ausgleich verlangen. Zu diesen Defiziten gehört zweifellos mit an vorderer Stelle der oft beklagte Mangel an historischer Tiefenschärfe im Selbstverständnis der Deutschen; aber für sich allein genommen muß er den Blick nicht unbedingt auf Preußen lenken. Geschichtsbewußtsein läßt sich auch in Auseinandersetzung mit anderen Erscheinungen der vielschichtigen deutschen Vergangenheit gewinnen.

Das besondere Interesse an preußischer Geschichte scheint mir hingegen nicht zuletzt Ausdruck eines Orientierungsbedürfnisses unserer an ihre Grenzen stoßenden modernen deutschen Industriegesellschaft zu sein, die sich verstärkt ihrer Grundlagen vergewissern zu sollen meint. Unangefochtene Überflußgesellschaften haben wenig Anlaß, sich mit besonderer Anteilnahme der Geschichte desjenigen Staates zuzuwenden, der sich rühmte, sich groß gehungert zu haben. Gesellschaften hingegen, die Grenzen ihrer Dynamik erfahren, die sich darauf einrichten müssen, mit knapper werdenden Ressourcen zu leben, könnten Affinitäten zur Geschichte eines Staates spüren, der nur unter Entbehrungen und Einschränkungen den Weg in die moderne Welt zu beschreiten vermochte.

Erneut tritt Preußen hier nicht als Inbegriff eines nostalgisch ersehnten ‚Ancien régime‘ in

Erscheinung, sondern als Staatswesen, das unter gewaltigen — und sicherlich nicht durchweg zu rechtfertigenden — Anstrengungen ein Stück ‚Ancien régime‘ zu überwinden versuchte und unter schwierigen Bedingungen ein Tor zur modernen Welt aufstieß. Zwar bleibt auch dann — mit Worten Golo Manns⁶⁾ — die Brücke „schmal“ zwischen Preußen und der Bundesrepublik, denn die Wachstumsschwierigkeiten unserer heutigen Wirtschaft haben auch noch andere Aspekte als die Anfangsprobleme der frühen Industriegesellschaft. Aber der preußische Staat als Formelement der Modernisierung Deutschlands war bedeutsam genug, um auch noch in anderen Zeitverhältnissen nicht nur wirkungsgeschichtliches Interesse zu wecken. Beispiele aus Ländern der Dritten Welt zeigen jedenfalls, daß dies nicht auf die deutschen Staaten beschränkt zu bleiben braucht.

In diesem Licht der Aufmerksamkeit für Grundlagenprobleme der Moderne mag eine Epoche der preußischen Geschichte verstärkt Beachtung finden, die auf dem Weg des Hohenzollernstaates zur deutschen Vormacht bald nur noch umrißhaft erinnert wurde: die Epoche der Stein-Hardenbergschen Reformen. Hier sind Maßstäbe gesetzt worden, die für jede zwischen Traditionsbindungen und Modernisierungszwängen stehende Gesellschaft bedenkenswert sind, Maßstäbe der Reform insbesondere, die einer gerade an dieser Stelle unsicher gewordenen Generation etwas bedeuten können. Während in der heutigen Zeit Reformen meistens nur auf dem Hintergrund finanzieller Überschüsse gedacht und entsprechend in Phasen eingeschränkter Möglichkeiten zurückgestellt werden, ist im Preußen Steins und Hardenbergs ein Reformbegriff Geltung verschafft worden, der die Alternativen ‚Wandel durch Wachstum‘ oder ‚Stagnation‘ sprengt. Im damaligen Preußen bestand die Bereitschaft, auch unter Bedingungen materieller Mängel notwendig werdende Reformen anzugehen und Chancen der gesellschaftlichen Erneuerung zu eröffnen — nicht durch eine Beliebigkeit der Mittel, sondern durch bewußte Setzung von Prioritäten.

⁶⁾ Golo Mann, in: Preußen. Porträt einer politischen Kultur, hrsg. v. Hans-Joachim Netzer, München 1968, S. 204.

Preußen ist also auch in dieser Perspektive alles andere als nur ein Stück „Ancien régime“ der Deutschen. Es reicht bis an die Fundamente unserer Gegenwart, wengleich häufig mehr mit Fragen als mit Antworten. Es vermag uns daran zu erinnern, wie ungewöhnlich wichtig es ist, die Grundlagen der Modernität zu reflektieren, und wie folgenreich es ist, wenn dieses nicht im notwendigen Maße geschieht. Gewiß: Hitlers Gewaltherrschaft hat Deutschland anders hinterlassen, als sie es vorgefunden hat, und hat auch an die ständischen Reste des alten Preußen gerührt. Das von Tocqueville bezeichnete Problem der preußischen Doppelstruktur von „modernem Kopf“ und „altfränkischem Rumpf“ ist nicht mehr gegeben. Und doch bleibt das damit angesprochene Grundlagenproblem der Moder-

Wer das Preußen-Jahr kritisch Revue passieren läßt, könnte zu dem ironischen Kommentar verleitet sein, daß letzten Endes doch nur das Gesicht aus dem Wasserspiegel zurückschaut, das hineinschaut. Polen suchten in der Berliner Ausstellung Spuren der polnischen Geschichte und waren enttäuscht, wenn sie zu wenig davon fanden. Franzosen hofften auf Relikte der Hugenotteneinwanderung oder französische Texte der Zeit des großen Preußenkönigs Friedrich und urteilten gerne nach Maßgabe von deren Vorhandensein. Alte Preußen schließlich schauten sich nach Anhaltspunkten für die eigene Erinnerung um und runzelten die Stirn, wenn das Gefundene nicht eindeutig zur Erinnerung paßte.

Aber ist das alles, was sich nach einem Jahr ungeahnt intensiver Beschäftigung mit preußischer Geschichte sagen läßt? War das Preußen-Interesse wirklich nur ein Reflex der jeweils eigenen Preußen-Vorstellungen? Ich möchte meinen, daß die Dinge komplizierter liegen, daß eine Analyse der einzelnen Motivationen nicht bei dem Fazit stehen bleiben kann: jedem sein Preußen. Ganz abgesehen davon, daß historisches Interesse sehr häufig mit dem Bestreben verbunden ist, sich selbst in der Geschichte wiederzufinden, kann es bei einem Thema von der zeitlichen Nähe Preußens

nität als Frage auch an die nachpreußische Zeit der deutschen Geschichte bestehen. Es gibt weiterhin Anlaß, auf die gesellschaftliche Basis unserer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu achten und bei Modernisierungsschritten danach zu fragen, wie weit sie wirklich von den Bürgern getragen werden.

Die preußische Geschichte stellt uns also nach wie vor Fragen, wengleich häufig anderes als Nostalgie sie hervorbringt. Sie macht uns in besonderer Weise deutlich, daß Geschichte uns betrifft, uns etwas angeht. Aber sie vermag dies so nachhaltig nur zu tun, weil sie mehr ist als ein bezauberndes Stück „Ancien régime“ der Deutschen: Sie ist ein zentrales und unverwechselbares Stück unserer Geschichte — in beiden Teilen Deutschlands.

III. Nachlese: *Suum cuique?*

nicht wundernehmen, daß es Menschen auch in ihren eigenen Erinnerungen und Erfahrungen berührte, aufrührte. Die preußische Vergangenheit reicht zu weit in die Gegenwart hinein, als daß man ohne weiteres von den Komplexitäten des subjektiven Zugangs und der persönlichen Betroffenheit absehen könnte. Preußen ist in unmittelbarer Weise Teil unserer Vergangenheit als das mittelalterliche Reich der Staufer.

Aber aus dieser Beobachtung kann nicht gefolgert werden, daß die Vergegenwärtigung preußischer Geschichte im wesentlichen nur ein Wachrufen von Erinnerungen gewesen sei. Auch nahe Vergangenheit ist mehr als eine Summe von Erinnerungen. Vielmehr wird man sagen müssen, daß ein herausragendes Element der Preußen-Diskussion in diesem Jahr die Gegenüberstellung von Geschichte als Erinnerung und Geschichte als Wissenschaft war, die Berührung von zwei verschiedenen Aggregatzuständen von Geschichte. In einer Zeit, in der die Geschichtswissenschaft langsam wieder mehr Resonanz in der Öffentlichkeit findet und manche verlorenen Positionen im Orientierungsprozeß der Gesellschaft zurückgewinnt, sind Ansätze einer Kommunikation sichtbar geworden, die ausgebaut zu werden verdienen. Im Preußen-Jahr sind we-

der die Zeitgenossen mit ihren Erinnerungen allein geblieben, noch hat die Zunft der Historiker nur in sich selbst rotiert.

Beispiele für diese wieder aufgelebte Kommunikation gibt es viele. Sie finden sich nicht nur in den zahlreichen Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, die das ganze Jahr über in allen Teilen des Landes stattfanden und überdurchschnittlich gut besucht wurden, sondern auch in den Auflagenhöhen der Preußenbücher und in den Einschaltquoten der Preußen sendungen in Rundfunk und Fernsehen. Die Berliner Ausstellung selbst wurde zu einem Kristallisationspunkt der Diskussion. Dabei kam es auch zu einem ungeahnt intensiven Dialog mit der jungen Generation, die keine eigenen Vorstellungen von Preußen als historischer Realität mehr mitbringt und doch am Prozeß der Selbstverständigung der Gesellschaft über Grundlagenprobleme der Gegenwart vital beteiligt ist.

Fragt man nach den Inhalten der Diskussion, so wird man erheblich differenzieren müssen. Es gab regionale Besonderheiten, die Beachtung verdienen; es gab aber auch konfessionell und sozial bedingte Unterschiede, von den politischen Akzentsetzungen ganz zu schweigen. So zeigten viele Diskussionen in Süddeutschland, daß Preußen nach wie vor mit gewissen unliebsamen Erscheinungen des deutschen Weges in die moderne Industriegesellschaft in Verbindung gebracht wird, ohne daß dabei hinreichend die Frage nach Alternativen erörtert wurde. Die Abneigung gegen Preußen konnte so weit gehen, daß man den süddeutschen Anteil an deutschen Fehlentwicklungen verdrängte und sich beispielsweise nicht mehr der Frage stellte, warum denn die nationale Erneuerung Deutschlands im 19. Jahrhundert nicht vom Süden her — etwa unter österreichischem Vorzeichen — Erfolg gehabt hat. Auch die Herkunft vieler führender Nationalsozialisten aus dem südlichen Deutschland war häufig nicht im Blick.

Umgekehrt gab es in Norddeutschland häufig allzu einfache Gleichsetzungen von Preußen, Protestantismus und politisch-sozialer Neuordnung Deutschlands, von Preußen als Modell deutscher politischer Selbstverwirklichung in Zeiten eingeschränkter wirtschaftlicher Möglichkeiten. In norddeutschen Städ-

ten wurde häufig allzu unkritisch über Preußens Rolle im Prozeß der nationalen Einigung Deutschlands gesprochen — als habe Deutschland nur gewonnen und nicht auch bezahlt in seiner Ehe mit dem Machtstaat Preußen. Vor allem im protestantischen Bürgertum Norddeutschlands sind die Kräfte immer noch stark, die im Ausfall Preußens eine Belastung für die Lösung der deutschen Frage heute sehen und sich eine wie auch immer geartete deutsche Einigung nicht ohne Rückgriff auf preußische Traditionen denken können.

Demgegenüber war in katholisch geprägten Kreisen des deutschen Westens häufig eine Haltung anzutreffen, die man auf die Formel bringen könnte: Preußen als politisches Ordnungsmodell nein, als soziales Ordnungsmodell ja. Man zeigte Abneigung gegen den auf Berlin ausgerichteten preußischen Machtstaat, sympathisierte aber mit dem in Preußen angelegten Sozialstaat, mit dem Land der staatlich geregelten Kranken- und Sozialversicherung. Hier trat am meisten verbreitet ein selektives Verhältnis zur preußischen Geschichte zutage, eine Neigung zur Herauslösung bestimmter Ergebnisse politischer und sozialer Auseinandersetzungen aus ihrem historischen Rahmen.

Auf dem Hintergrund dieser verschiedenen Preußen-Optionen in der Bundesrepublik mußten Stellungnahmen aus der DDR besonderes Interesse finden, die einer zu weit gehenden Regionalisierung der Preußen-Diskussion entgegenzuwirken versuchten. So lehnte die in der Preußen-Forschung der DDR führende Historikerin Ingrid Mittenzwei auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing eine Vergleiche scheinende Betonung preußischer Besonderheiten und Fehler ab und ließ keine Wesensunterschiede etwa zwischen preußischem und bayerischem Absolutismus zu. Für sie trugen regional bestimmte Differenzierungsversuche zwischen eher westlich-städtisch oder östlich-ländlich geprägten Entwicklungstypen wenig aus für eine Klärung der Voraussetzungen, die für Deutschlands Weg in die Demokratiefreudigkeit schließlich von Bedeutung werden sollten. Für sie unterschied sich der preußische Staat nur graduell von anderen europäischen Staaten der Zeit.

Noch stärker am europäischen Vergleich interessiert waren verständlicherweise die Gesprächspartner aus den europäischen Nachbarstaaten, allen voran Polen und Frankreich. Während die Franzosen sich gerne mit der Frage beschäftigten, wie weit Preußen an den großen geistes- und sozialgeschichtlichen Bewegungen des europäischen Westens partizipiert habe, ob und wie weit es etwa durch Hugenotten-Einwanderung und Wirkung der Aufklärung zu einem Stück Westeuropa im europäischen Osten geworden sei, neigten die Polen vielfach dazu, in Preußen eine Art Gegenstück zur eigenen politischen Welt zu sehen, einen in jeder Hinsicht ausgeprägten Antipoden. Hier wurden mehr als sonst gesellschaftspolitische Implikationen der konfessionellen Prägung geltend gemacht: das protestantische Preußen mit seiner überdimensionalen Betonung des Staates als Ordnungsmacht im Unterschied zum katholischen Polen, in dem vor allem die Kirche immer einen Faktor der politischen Integration bildete.

Gemessen an der französischen und polnischen Beteiligung schien das Preußen-Interesse in den angelsächsischen Ländern geringer zu sein. Weder in den USA noch in England gab es mehr als begrenzte Aufmerksamkeit für die wissenschaftlichen Publikationen des Preußen-Jahres, gab es tieferes Verständnis für die preußisch gefärbten Identifikationsbemühungen im heutigen Deutschland. Preußen, um es mit Gordon Craig zu sagen, ist in der englischsprachigen Welt kein Thema der aktuellen politischen Diskussion mehr.

Demgegenüber ist es genau diese gegenwartsbezogene Suche nach Identität, die in beachtli-

chen Teilen der jungen Generation der Bundesrepublik Interesse an preußischer Geschichte hervorgerufen hat. Auch wenn die hier gezeigte Bereitschaft, die Berliner Ausstellung zu besuchen, nicht allzu unmittelbar als Ausdruck eines historischen Orientierungsbedürfnisses gewertet werden darf, verlangt doch die Tatsache Aufmerksamkeit, daß mehr als in früheren Jahren nach den geschichtlichen Prägungen unserer Gegenwart gefragt worden ist. Preußen war hier nicht nur ein attraktiver Museumsgegenstand nach dem Motto: Berlin ist eine Reise wert, sondern häufig auch ein Anlaß zur Diskussion über die Fundamente unserer heutigen Existenz. Angehörige der jungen Generation fragten intensiver als bisher, wo Identifikationsmöglichkeiten in der deutschen Geschichte gegeben seien, welche Traditionen oder Hinterlassenschaften eines Staatswesens wie Preußen für deutsches Selbstverständnis heute von Bedeutung seien. Preußen forderte zur Begründung von Standpunkten heraus.

Doch wird man auch diesen Aspekt des Preußen-Interesses nicht überschätzen dürfen. Es gibt andere Punkte, an denen die Suche nach Konturen der Identität mit größerer Deutlichkeit zum Ausdruck kommt. Und Geschichtsbeußtsein läßt sich auch anders wecken. Wohl aber wird man darauf achten müssen, daß die wieder stärker gewordene Wechselbeziehung von Öffentlichkeit und Fachhistorie die Preußendiskussion überdauert. Es wäre jedenfalls nicht das schlechteste Ergebnis des Preußen-Jahres, wenn die Geschichtswissenschaft den Impuls zur Kommunikation über ihre Fachgrenzen hinaus bewahren würde.

Nationalsozialismus und Preußentum

Am 25. Februar 1947 erließen die Alliierten das Kontrollratsgesetz Nr. 46, in dem es heißt: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört“¹⁾).

Der zweite Teil dieses Satzes ist zweifellos richtig. Preußen hat „zu bestehen aufgehört“; es ist tot, und kein Deutscher in West und Ost

denkt im Ernst daran, es wieder zum Leben zu erwecken. Doch stimmt auch der erste Teil des Zitats? War Preußen immer und von jeher „Träger des Militarismus und der Reaktion“, insbesondere der nationalsozialistischen, der schlimmsten Reaktion in der deutschen Geschichte? Blickt man auf die Aussagen führender Nationalsozialisten, dann wird man diese Frage zweifellos mit Ja beantworten müssen.

I. Preußentum in der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda

Die Nationalsozialisten haben bereits lange vor der sogenannten Machtergreifung nichts unversucht gelassen, um sich als Nachfolger Preußens und als Verkörperung des Preußentums dazustellen²⁾. Wenn sie auf das Preußentum im allgemeinen und auf Friedrich den

Großen im besonderen hinwiesen, dann geschah dies einmal, um die Repräsentanten der Weimarer Republik wie Friedrich Ebert und Gustav Stresemann mit den angeblich ‚großen Preußen‘ zu vergleichen und verächtlich zu machen. Der Hinweis auf Friedrich den Großen diente aber auch dem Ziel, die Mitglieder der NSDAP, die in den zwanziger Jahren ja nur eine Splitterpartei darstellte, aufzumuntern. Das Schicksal Friederichs des Großen zeigte nämlich, so wurde argumentiert, daß es möglich sei, durch Entschlußkraft und Willensstärke über einen überlegenen Gegner zu triumphieren.

¹⁾ Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland Nr. 14 v. 31. 3. 1947.

²⁾ Eine sehr scharfsinnige Kritik dieser Propagandamachenschaften findet man bereits bei Werner Hegemann, *Entlarvte Geschichte*, Leipzig 1933. Während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ist die These von der Kontinuität, ja Identität von Preußentum und Nationalsozialismus innerhalb der deutschen, angloamerikanischen, sowjetischen und polnischen Forschung übernommen worden, wobei nur das wertende Vorzeichen ins Gegenteil verkehrt wurde. Vgl. dazu: Wolfgang Wippermann, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches im Nachkriegsdeutschland, in: Horst Denkler/Karl Prümm (Hrsg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich*, Stuttgart 1976, S. 9—43. Die Frage nach den Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Preußentum ist seit den sechziger Jahren gerade in dieser Zeitschrift häufiger diskutiert worden. Vgl. vor allem: Eberhard Kessel, *Adolf Hitler und der Verrat am Preußentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/61, S. 649—661, bes. S. 660ff.; Manfred Schlenke, *Das ‚Preußische Beispiel‘ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27/68, S. 15—23; Johannes Rogalla von Biberstein, *Preußen und Preußentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2/80, S. 26—38. Zum folgenden bes.: Konrad Barthel, *Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild*, Wiesbaden 1977; Manfred Schlenke, *Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposiums*, Berlin 1981, S. 247—264.

Im Jahre 1932 waren die Nationalsozialisten diesem Ziele sehr nahe gekommen. Die Weimarer Republik war von den bürgerlichen Parteien weitgehend preisgegeben worden und wurde allein von der SPD verteidigt. Im Bewußtsein des nahen Sieges erklärte Joseph Goebbels bereits im April 1932: „Der Nationalsozialismus darf mit Fug und Recht von sich behaupten, daß er Preußentum sei. Wo immer wir Nationalsozialisten auch stehen, in ganz Deutschland sind wir die Preußen“³⁾. Im gleichen Jahre — 1932 — hatte der SA-Führer Graf Helldorf Friedrich den Großen gar zum „ersten Nationalsozialisten“ ernannt⁴⁾.

³⁾ Joseph Goebbels, *Revolution der Deutschen*, Oldenburg i. O. 1933, S. 64.

⁴⁾ Zit. nach Hegemann (s. Anm. 2), S. 114.

Im Dritten Reich haben die Nationalsozialisten dann wiederholt versucht, sich als die wahren Erben Preußens und als die Verkörperung des Preußentums darzustellen. Dies wurde in vielen Reden, Propagandaveranstaltungen, Bildern und Dokumenten zum Ausdruck gebracht. Auf einer im März 1933 veröffentlichten Postkarte konnte man unter den Bildnissen von Friedrich dem Großen, Bismarck, Hindenburg und Hitler den Satz lesen: „Was der König eroberte, der Fürst formte, der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat!“⁵⁾

Uns erscheinen diese Propagandamachenschaften als banal und leicht durchschaubar. Bei den Zeitgenossen, insbesondere im bürgerlichen Lager, ist diese Propagandamasche aber offensichtlich sehr erfolgreich gewesen. Dies gilt vor allem für den berühmten „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933⁶⁾. Auf Goebbels' Idee hin wurde der am 5. März 1933 gewählte Reichstag mit einem Staatsakt in der Garnisonkirche von Potsdam, in der Friedrich der Große beerdigt war, eröffnet. Der 21. März wurde deshalb gewählt, weil Wilhelm I. genau 62 Jahre vorher — 1871 — den ersten deutschen Reichstag eröffnet hatte. Goebbels war es auch, der die Regie der Feierlichkeiten übernahm, wobei ihm zum ersten Mal auch der staatliche Rundfunk völlig zur Verfügung stand. Die Festansprachen wurden übertragen, preußische Märsche gespielt und verschiedene Gedichte wurden verlesen. In einem von ihnen, geschrieben von einer gewissen Annemarie Koeppen, heißt es:

„Du bist nicht gestorben, König Fritz.
Du lebst! Und Dein Blick hat uns alle durchglüht,
Und all das Große, das jetzt geschieht.
Du gibst unserem Führer den Krückstock zur Hand:
„Da, mach Er mir Ordnung im Preußenland.
Er kann's! Von allen nur Er allein.
Er soll meines Willens Vollstrecker sein!“⁷⁾

⁵⁾ Zit. nach Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum (s. Anm. 2), S. 252.

⁶⁾ Dazu vor allem Schlenke, Das „preußische Beispiel“ (s. Anm. 2), S. 17 ff. Materialreich ist die Propagandaschrift von: Hans Hupfeld (Hrsg.), Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam. Das Erlebnis des 21. März in Wort und Bild, Potsdam 1933.

⁷⁾ Zit. nach Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum (s. Anm. 2) S. 260 f.

Schon zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler in der Tat „Ordnung gemacht“. Die „Reichstagsbrandverordnung“ war erlassen worden, die KPD war verboten, ihre Mitglieder wurden verfolgt und in vielen sogenannten „wilden“ KZs gefoltert und ermordet. Dies alles hat die in der Potsdamer Garnisonkirche versammelten bürgerlichen Honoratioren und Militärs nicht gestört. Im Gegenteil! Begeistert blickten sie auf die Fahnen der alten preußischen Regimenter, die in der Kirche aufgehängt und mit Lorbeerkränzen geschmückt worden waren. Ebenso begeistert nahmen sie es zur Kenntnis, daß in der ehemaligen Kaiserloge ein Sessel für den Kaiser freigelassen worden war. Die Feier erreichte ihren Höhepunkt, als der ehemalige preußische Feldmarschall und „Ersatzkaiser“ Hindenburg dem neuen Reichskanzler Hitler ostentativ die Hand reichte.

Die Weimarer Republik war, wie Hermann Göring stolz verkündete, „überwunden“⁸⁾. Der „Geist von Potsdam“, der Preußengeist, triumphtierte. Dies ist damals in vielen deutschen Städten und Dörfern, in denen ähnliche Feiern stattfanden, behauptet worden. Überall beteiligten sich auch die Kirchen an dieser Versöhnung und Vereinigung von Nationalsozialismus, Preußentum und, was häufig betont wurde, Protestantismus.

Fast alle Deutschen schienen begeistert zu sein; auch Männer, die später zum Widerstand stoßen sollten. Die vielen Insassen der Zuchthäuser und KZs wurden eben nicht befragt. Daher mußte die sozialdemokratische „Saarbrücker Volkszeitung“, die im Saargebiet erschien, das damals nicht zum Deutschen Reich gehörte, resignierend in einem Gedicht feststellen:

„Nun haben sie reichlich ‚gefeiert‘.
Und sich dabei unserer Not nicht geschämt —
Sie haben potsdämlich geleierte
Und die Hälfte der Deutschen verfermt ...
Der Michel ist halt nicht zu retten.
Er leckt halt gern Götzen die Schuh.
Er trägt gern klirrende Ketten,
Und brüllt auch noch ‚hurra‘ dazu.“⁹⁾

Am 1. September 1939 brüllten die Deutschen schon etwas leiser „hurra“. Der Zweite Welt-

⁸⁾ Rede Görings in: Ursachen und Folgen, Bd. 9, Berlin 1964, S. 122—124.

⁹⁾ Zit. nach Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum (s. Anm. 2), S. 262.

krieg hatte begonnen. In seiner Reichstagsrede, in der er der Welt den bereits erfolgten Überfall auf Polen verkündete, erklärte Hitler: „Wenn irgendjemand aber meint, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten, zu bedenken, daß einst ein Preußenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubig starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen“¹⁰⁾.

Die Berufung auf das Herz Friedrichs des Großen und auf das ‚preußische Beispiel‘ schlechthin zieht sich dann wie ein roter Faden durch die nationalsozialistische Kriegspropaganda. Wiederholt wurde das Ausland gewarnt, nicht wie 1918 mit einer deutschen Kapitulation zu rechnen, weil man, wie es Hitler ausdrückte, im Dritten Reich ein „friderizianisches Deutschland“ vor sich habe¹¹⁾. Nach der Zerschlagung Polens und der Okkupation Norwegens und Dänemarks erklärte Hitler jedoch in einem Anflug von ‚Bescheidenheit‘, daß seine ‚Erfolge‘ im Vergleich zu denen Friedrichs des Großen noch klein seien. Unter Hinweis auf das Bild Friedrichs des Großen, das immer in seinem Arbeitszimmer hing, sagte Hitler zu Rosenberg: „Er (gemeint ist Friedrich der Große) verfügte ja nicht über die Machtmittel, die heute in unserer Hand sind“¹²⁾. In den folgenden Jahren hat Hitler wiederholt darauf hingewiesen, daß Friedrich dem Großen im Siebenjährigen Krieg mit seinen 3,7 Millionen Preußen eine Koalition von 50 Millionen Menschen gegenübergestanden habe. Daher habe man im nationalsozialistischen Deutschland kein Recht, Vergleiche mit der friderizianischen Zeit zu ziehen, denn: „Wir haben die stärkste Armee der Welt. Wir haben die stärkste Luftwaffe der Welt. Friedrich der Große mußte gegen eine Übermacht kämpfen, die geradezu erdrückend war.“¹³⁾

¹⁰⁾ Zit. nach Schlenke, Das „preußische Beispiel“ (s. Anm. 2), S. 22.

¹¹⁾ Hitler in Danzig am 19. 9. 1939, zit. nach Barthel, Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild (s. Anm. 2), S. 16.

¹²⁾ Hitler zu Rosenberg am 20. 4. 1940, zit. nach: Barthel, Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild (s. Anm. 2), S. 16.

¹³⁾ Hitler am 30. 1. 1942 im Berliner Sportpalast, zit. nach: ebd., S. 17.

Nachdem eine dieser „stärksten Armeen der Welt“, die 6. nämlich, in Stalingrad kapituliert hatte, griffen die Nationalsozialisten dann in zunehmendem Maße auf das Beispiel Friedrichs des Großen zurück. Am 18. Februar 1943 wandte sich Goebbels im Berliner Sportpalast mit der Suggestivfrage an seine Zuhörer, ob sie bereit seien, „es ihm (gemeint war Friedrich der Große), wenn die Stunde es einmal gebieten sollte, gleichzutun?“¹⁴⁾ Dies wurde ebenso begeistert bejaht wie die gleichzeitig gestellte Frage: „Wollt ihr den totalen Krieg?“

Je totaler der Krieg und je auswegloser die Situation für die Nazis wurde, um so mehr klammerte man sich an das historische Vorbild Friedrichs des Großen, der ja schließlich auch eine ausweglos scheinende Situation gemeistert hätte. Die nationalsozialistische Propaganda hämmerte der Bevölkerung ein, daß die nun eingetretene sogenannte „friderizianische Krise“ durch ein „Wunder oder durch eine höhere Schicksalsfügung“, wie sich Goebbels ausdrückte¹⁵⁾, überwunden werden könnte. Dabei dachte man offensichtlich an den Tod der russischen Zarin Elisabeth im Jahre 1762, der damals zum unerwarteten Ausscheren Rußlands aus der antipreußischen Koalition und zum erfolgreichen Abschluß des Siebenjährigen Krieges, der eigentlich schon verloren war, geführt hatte.

Die Berufung auf Preußen und das Preußentum wurden jetzt zur Durchhaltepropaganda. Schließlich glaubten die Nationalsozialisten selber an ihre eigene Propaganda. Als am 13. April 1945 im Berliner Führerbunker die Nachricht eintraf, daß Präsident Roosevelt gestorben war, soll Goebbels nach dem Zeugnis von Albert Speer „wie besessen“ auf Hitler zugegangen sein und erklärt haben: „Hier haben wir das große Wunder, das ich vorhergesagt habe ... Der Krieg ist nicht verloren“¹⁶⁾.

Wir haben also gesehen, daß sich führende Nationalsozialisten vom Anfang bis zum Ende ständig auf das ‚preußische Beispiel‘ berufen haben. Sind Nationalsozialismus und Preußentum daher gleichzusetzen?

¹⁴⁾ Goebbels am 18. Februar 1943 im Sportpalast, zit. nach: ebd., S. 19.

¹⁵⁾ Goebbels in einer Rede vor Offizieren im Juli 1943, zit. nach: ebd., S. 20.

¹⁶⁾ Goebbels am 13. April 1945, zit. nach: ebd., S. 21.

II. Preußentum in der Ideologie und Propaganda der Konkurrenten und Gegner des Nationalsozialismus

Gegen die in West und Ost weitverbreitete Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Preußentum spricht einmal die Tatsache, daß sich auch die bürgerlichen Konkurrenten und späteren Verbündeten der NSDAP in ihrer Ideologie und Propaganda auf Preußen und das Preußentum berufen haben. Gestalten der preußischen Geschichte wie Friedrich der Große, Königin Luise, Blücher, Bismarck usw. erscheinen in der Wahlwerbung der konservativen DNVP, der rechtsliberalen DVP und selbst der linksliberalen DDP ebenso häufig wie glückliche Familien in den Wahlspots heutiger Parteien¹⁷⁾.

Auch die SPD hat keineswegs immer und keineswegs grundsätzlich Preußen und das Preußentum abgelehnt. Obwohl die Sozialdemokraten im Kaiserreich zusammen mit den Juden und den nationalen Minderheiten — den Polen, Elsässern und Dänen — zu den „Reichsfeinden“ gezählt und verfolgt worden waren, haben sie 1918 darauf verzichtet, den preußischen Staat zu zerschlagen. Statt dessen haben sie einen Neuaufbau Preußens im demokratischen Geist angestrebt. Diese Bestrebungen waren nicht gänzlich erfolglos. Der preußische Teilstaat, der zwei Drittel des damaligen Reichsgebietes und drei Fünftel der Reichsbevölkerung stellte, wurde in der Zeit der Weimarer Republik mit nur kurzen Unterbrechungen von einer Koalition regiert, die aus den demokratischen Parteien SPD, Zentrum und DDP gebildet wurde. Ministerpräsident war zwölf Jahre lang der Sozialdemokrat Otto Braun. In diesem „rot-schwarzen“ Preußen wurden die verfassungsfeindlichen Parteien auf der Linken und Rechten weitaus schärfer behandelt als im übrigen Reichsgebiet. Mitglieder der KPD und der NSDAP durften in Preußen nicht Beamte werden. Einige hohe Polizeioffiziere und Regierungspräsidenten wurden durch überzeugte Demokraten ersetzt. Daher war es durchaus ernst gemeint, wenn der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, sich rühmte, „jede Garantie dafür übernehmen zu können . . ., daß eine ernste Erschütterung der

stattlichen Ordnung... abgewendet würde, wenn irgendwelche radikalen Gruppen den Versuch machen sollten, sie zu stören“¹⁸⁾.

Dies waren große Worte, denen jedoch leider keine Taten folgten. Der Aufstieg der NSDAP wurde nicht verhindert, und viele traditionell antidemokratische Beamten wurden nicht entlassen. Am 20. Juli 1932 ließ sich gar die sozialdemokratische Regierung Braun vom damaligen Reichskanzler von Papen absetzen. Papen dokumentierte damit, daß es auch im scheinbar demokratischen Preußen nach wie vor genügte, den berühmt-berüchtigten ‚Leutnant und zehn Mann‘ zu senden, um das parlamentarische System aufzulösen. Die von vielen Sozialdemokraten so gefeierte „demokratische Sendung Preußens“¹⁹⁾ erwies sich in der Stunde der Bewährung als Illusion.

Interessanterweise hat sich auch die KPD in ihrer Propaganda an bestimmten Phasen der preußischen Geschichte orientiert. Schon 1923 feierten sich die Kommunisten als „Fahnenträger des nationalen Befreiungskampfes in Deutschland“, wobei sie ausdrücklich auf das historische Vorbild der preußischen Befreiungskriege von 1813 hinwiesen²⁰⁾. Die KPD, die sich ähnlich wie die bürgerlichen Parteien ständig gegen den „Versailler Versklavungsfrieden“ gewandt hatte, weil er zu einem „Ausverkauf Deutschlands“ geführt habe²¹⁾, verkündete 1930 ein „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Vol-

¹⁷⁾ Akten des Oberpräsidiums Hannover im Staatsarchiv Hannover Des 122a XI Nr. 79 u. 80, zit. nach: Wolfgang Wippermann, Aufstieg und Machtergreifung der NSDAP in Bremerhaven-Wesermünde, in: Jahrbuch der Männer vom Morgenstern 57, 1978, S. 165—199, S. 188. Zur Politik der SPD im Preußen der Weimarer Republik mit weiteren Literaturhinweisen: Horst Möller, Das demokratische Preußen, in: Büsch (Hrsg.), Das Preußenbild (s. Anm. 2), S. 230—245.

¹⁸⁾ Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1977.

¹⁹⁾ Resolution der Kommunistischen Internationale vom 13. Mai 1923, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2, Berlin 1966, S. 306f.

²⁰⁾ So etwa auf dem VIII. Parteitag der KPD vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig, zit. nach: Dokumente und Materialien VII, 2 (s. Anm. 20) S. 241.

¹⁷⁾ Einige Beispiele wurden in der Berliner Preußenausstellung gezeigt.

kes" ²²⁾). Die Kommunisten versprachen, „das Problem der Ostgrenze im brüderlichen Einverständnis mit den Arbeitern und Bauern Polens zu lösen" ²³⁾. Selbst nach der Machtergreifung Hitlers hat die KPD gefordert, daß die ehemals preußischen Ostprovinzen, die an Polen gefallen waren, wieder an das Reich zurückzugeben seien. Damit war vor allem der sogenannte „Korridor" zwischen Ostpreußen und dem Reich gemeint ²⁴⁾.

Dieser nationalistische Kurs ist nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 wieder aufgenommen worden. Kommunistische Propagandisten versuchten, gefangene deutsche Offiziere und Soldaten für den Kampf auf der Seite der Sowjetunion zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde das „Nationalkomitee Freies Deutschland" gegründet, das die Farben des Bismarck-Reiches, schwarz-weiß-rot, übernahm ²⁵⁾. Besonders häufig verwies man in diesem Zusammenhang auf die Konvention von Tauroggen von 1812, als sich der preußische General Yorck von Napoleon losgesagt und Rußland angeschlossen hatte.

In den Kreisen des bürgerlich-militärischen Widerstandes hat man besonders häufig und besonders intensiv an die preußische Tradition erinnert. Viele Offiziere, die zunächst im Nationalsozialismus die Verkörperung des Preußentums gesehen hatten, erkannten nun, daß der Nationalsozialismus in Wirklichkeit den Bruch mit allen preußischen Traditionen bedeutete. Viele Männer des 20. Juli 1944 haben ihren Entschluß zum Widerstand mit der Berufung auf das „wahre Preußentum" begründet. Henning von Tresckow erklärte, daß „vom wahren Preußentum ... der Begriff Freiheit niemals zu trennen" sei. Nur in der „Synthese zwischen Bindung und Freiheit" liege die „deutsche und europäische Aufgabe des Preußentums, liegt der ‚preußische Traum'" ²⁶⁾.

²²⁾ Programmklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, in: Inprekorr 10, 1930, S. 1755—1757.

²³⁾ Erklärung der Redaktion der „Internationale" zur Reichstagswahl vom 21. Juli 1930, in: Dokumente und Materialien, Bd. VIII, S. 393.

²⁴⁾ Vgl.: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3. — 15. Oktober 1935), hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin 1975, S. 581—612.

²⁵⁾ Vgl. dazu: Bodo Scheurig, Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943—1945, München 1960.

Die Verwirklichung dieses „preußischen Traumes" war nach dem Selbstverständnis vieler dieser preußischen Widerstandskämpfer nicht identisch mit der Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie. Dies darf bei aller Anerkennung für den Mut und die Einsatzbereitschaft der Männer vom 20. Juli nicht vergessen werden. Viele von ihnen strebten keinen demokratischen, sondern einen ‚preußischen Staat' an, was immer man darunter und unter dem Begriff „wahres Preußentum" auch verstehen wollte ²⁷⁾.

Genau dies ist das entscheidende Problem. Wenn, wie wir gesehen haben, Anhänger und Gegner des Nationalsozialismus sich zu Preußen und zu diesem Preußentum bekannt haben, dann verstanden beide unter Preußen und Preußentum offenbar etwas völlig anderes. Die Beantwortung der generellen Frage, ob der Nationalsozialismus mit dem Preußentum identisch war, hängt also entscheidend davon ab, was man unter Preußentum verstehen will. Eine Definition dieses inhaltlich nie geklärten Begriffes scheint nur auf historischem Wege möglich zu sein. Worin, so ist zu fragen, hat sich der preußische Staat von anderen unterschieden? Welche seiner Eigenschaften waren spezifisch und ausschließlich preußisch? ²⁸⁾

²⁶⁾ Zit. nach: Bodo Scheurig, Henning von Tresckow, Oldenburg 1973, S. 147. Vgl. auch: Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.

²⁷⁾ Dazu vor allem: Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 73—168.

²⁸⁾ Eine, den moderneren Forschungsstand zusammenfassende, Gesamtdarstellung der preußischen Geschichte fehlt bisher. Heranzuziehen ist immer noch: Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1915. Vgl. ferner die konservativ orientierten Arbeiten von: Richard Dietrich, Kleine Geschichte Preußens, Berlin 1976; sowie: Hans-Joachim Schoeps, Preußen. Geschichte eines Staates, Berlin 1966. Aus der Sicht der DDR: Günter Vogler/Klaus Vetter, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, 2. Aufl., Berlin 1973. Sehr wichtig sind die Sammelbände von: Büsch (Hrsg.), Das Preußenbild in der Geschichte (s. Anm. 2), Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, Dirk Blasius (Hrsg.), Preußen in der deutschen Geschichte, Königstein 1980. Nach Fertigstellung des Manuskriptes erschienen: Otto Büsch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Moderne Preußische Geschichte. Eine Anthologie, Bd. 1—3, Berlin, 1981; Gerd Heinrich, Geschichte Preußens. Staat und Dynastie, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1981. Im folgenden wird auf weitere Literaturhinweise weitgehend verzichtet.

III. Was ist Preußentum?

Das Besondere an dem 1701 entstandenen Königreich Preußen war seine geographische Lage. Der preußische Staat verfügte im 18. Jahrhundert sowohl im Westen Deutschlands, am Niederrhein, wie im Osten an Weichsel und Memel über Besitztümer, die nicht miteinander verbunden waren. Im Königreich Preußen lebten Brandenburger, Ostpreußen, Pommern und Rheinländer, die keine gemeinsame Tradition hatten, die unterschiedliche Dialekte sprachen und die sogar unterschiedlichen Konfessionen angehörten. Preußen war ein Staat ohne Staatsvolk und ohne Staatstradition.

Der preußische Staat mit seinen zwischen West- und Ostdeutschland zerstreuten Territorien war nur mit Hilfe einer starken Armee zu verteidigen. Sie wurde bekanntlich vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. aufgebaut, um dann von Friedrich II. eingesetzt zu werden, der skrupellos, aber erfolgreich danach strebte, die preußischen Länder zu arrondieren und abzurunden. Um eine solche Armee unterhalten und um solche Kriege führen zu können, bedurfte es eines effektiven Verwaltungs- und Wirtschaftssystems. Dies war wiederum ohne eine gewisse Rechtsgleichheit der Bewohner und einen Abbau ständischer Vorrechte des bis dahin noch sehr rebellischen brandenburgischen und preußischen Adels nicht möglich.

Sieht man genauer hin, so unterschied sich das Preußen des 18. Jahrhunderts mit seiner nüchtern-pragmatischen Politik im Inneren und im Äußeren keineswegs so grundsätzlich von seinen europäischen Nachbarn — von England, Schweden und Polen einmal abgesehen —, wie dies von späteren Anklägern und Verteidigern des Preußentums immer behauptet worden ist. Sicherlich war das friderizianische Preußen, wie bereits die Zeitgenossen spotteten, eher eine Armee mit einem Land als ein Land mit einer Armee²⁹⁾. Sicherlich fand schon im 18. Jahrhundert im Zuge der Kompanie- und Gutswirtschaft eine Militarisierung im politischen und gesellschaftlichen Leben

statt³⁰⁾. Sicherlich gab es auch die so gerühmte Toleranz gerade in religiösen Dingen, die dazu führte, daß Preußen vor den Vereinigten Staaten das klassische Einwanderungsland war.

Dennoch waren dies nicht spezifisch und vor allen Dingen nicht ausschließlich preußische Züge. Starke und disziplinierte Armeen findet man auch in anderen Ländern, obwohl in Preußen immerhin 3,4% der Gesamtbevölkerung zum Militär gehörte. Elemente einer gewissen Toleranz hat es auch in anderen Staaten in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus gegeben. Österreich sei hier nur als Beispiel genannt. Selbst die ostelbischen Gutsbesitzer, die die eigentliche soziale Basis des preußischen Staates bildeten, unterschieden sich in ihrer sozialen Stellung und politischen Macht im 18. Jahrhundert noch nicht so wesentlich von den englischen und französischen Großgrundbesitzern³¹⁾.

Das Besondere und Spezifische des preußischen Maschinenstaates, wie er bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert genannt wurde³²⁾, lag in seiner Traditionslosigkeit und Modernität. Nach dem Tode Friedrichs des Großen wurden jedoch bestimmte Züge seiner damals relativ modernen Regierungs- und Verwaltungspraxis als Wert an sich, als typisch preußisch — kurz als Verkörperung des Preußentums — gefeiert. Dem so nüchtern und pragmatisch denkenden und handelnden Friedrich dem Großen wäre eine derartige Glorifizierung eines spezifischen Preußentums völlig unverständlich gewesen. Der Begriff selber ist von ihm nie benutzt worden. Die posthume Verherrlichung, ja Ideologisierung des frideri-

²⁹⁾ Vgl. dazu vor allem: Otto Büsch, *Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen, 1713—1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft*, Berlin 1962.

³⁰⁾ Vgl. zu dieser Problematik, die hier nur angedeutet werden kann, besonders: Hannah Schissler, *Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen*, in: Puhle/Wehler (Hrsg.), *Preußen im Rückblick* (s. Anm. 28), S. 89—122.

³¹⁾ Dieser Vergleich taucht bereits in der Denkschrift über die Verwaltung Südpreußens während der ersten Amtsperiode des Ministers von Voss (September 1794) auf. Zit. nach: Walther Hubatsch (Hrsg.), *Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpreußen und Neupreußen 1793—1806*, Frankfurt/Bonn 1961, S. 61—79.

²⁹⁾ Dieser Ausspruch wird häufig fälschlich Mirabeau zugeschrieben. Vgl. dazu: Christian Graf von Krockow, *Warnung vor Preußen*, Berlin 1981, S. 105.

zianischen Preußens als Inbegriff eines Preußentums führte nun dazu, daß man sich ängstlich davor hütete, irgend etwas an dem von Friedrich dem Großen geschaffenen System zu ändern. Das einstmals relativ moderne, wandlungs- und anpassungsfähige Preußen erstarrte und wurde gleichzeitig als Preußentum ideologisiert.

1806 zeigte sich dann dieses alte und verknöcherte Preußen in militärischer und politischer Hinsicht den Armeen Napoleons nicht gewachsen. Preußen brach innerhalb von wenigen Wochen zusammen. Die preußischen Reformer Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau usw. zogen dann die Lehren aus der Niederlage und legten den Grundstein für den Wiederaufstieg des neuen Preußens. Ihre Leistungen, die nicht im einzelnen aufgeführt werden können, sind unbestritten. Dennoch muß betont werden, daß es sich hier um Reformen handelte, durch welche die Grundstrukturen und Grundprobleme des preußischen Staates nicht verändert wurden. Die preußische „Revolution von oben“³³⁾, wie sie von Friedrich Engels und vielen anderen Zeitgenossen genannt wurde, war eben kein Ersatz für eine wirkliche, bürgerliche Revolution ‚von unten‘. Hinzu kam, daß die preußischen Reformen nicht fortgeführt wurden. Die soziale und politische Machtstellung des ostelbischen Junkertums wurde nicht angetastet. Das Bündnis, ja die Priorität von Thron über Altar blieb erhalten, aus der Kirche der Altpreußischen Union entwickelte sich kein Gegengewicht gegen den preußischen Militärstaat³⁴⁾. Aus dem Preußen der Reformen wurde das Preußen der Reaktionszeit.

Dennoch wurde auch das Preußen der Reformen im nachhinein ideologisiert. Diese Ideologie des Preußentums zeigt sich an dem bekannten Ausspruch Bismarcks, wonach in Preußen die Könige die Revolution machen. Der Glaube an die Allmacht und Wirksamkeit eines angeblich reformierenden, in Wirklich-

keit aber reaktionären preußischen Staates wurde deshalb zur Ideologie, weil eine grundlegende Modernisierung Preußens im Gehäuse des halbabsolutistischen Obrigkeitsstaates nicht möglich war. Die immanenten Spannungen und Konflikte im politischen und gesellschaftlichen Bereich, die im Zuge der Industrialisierung der westlichen Gebiete Preußens noch verstärkt wurden, wurden nur verschleiert, aber nicht beseitigt. Die modernen Züge im organisatorisch-technischen Bereich wurden mehr und mehr durch die antimodernen Elemente konterkariert und verdrängt³⁵⁾.

Das durch die Reformen von 1813 verjüngte, dann jedoch wieder erstarrte Preußen des 19. Jahrhunderts ging zwar nicht wie das ebenfalls zunächst moderne, dann verknöcherte friederizianische Preußen des 18. Jahrhunderts unter, dafür ging es aber, gewollt oder nicht gewollt, in Deutschland auf. Preußen übernahm die negativen Züge des deutschen Nationalismus, um gleichzeitig die positiven des Preußentums abzulegen. Wenn sich das im Grunde traditionslose Preußen als Verkörperung und Vorkämpfer des deutschen Nationalismus feierte und feiern ließ, so hatte es mit dieser Ideologie von seiner angeblichen deutschen Sendung die berühmten Geister gerufen, die es wie der Zauberlehrling nun nicht mehr loswerden sollte. Das Streben nach der nationalen Einheit Deutschlands bedrohte die Existenz Preußens in doppelter Hinsicht: Einmal war das germanisierte Preußen nicht mehr fähig und bereit, seine polnische Minderheit als preußische Staatsbürger zu integrieren, denn wenn diese Polen schon keine Preußen sein wollten, so wollten sie noch weniger zu Deutschen werden³⁶⁾. Andererseits war die Schaffung eines deutschen Nationalstaates nur dann möglich, wenn dieses Preußen, das eben keine eigene Tradition und keine eigene Staatsnation besaß, in diesem neuen Deutschland aufging.

³³⁾ Friedrich Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin 1957 ff., Bd. 21, S. 433. Vgl. dazu und zum folgenden auch: Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Habil. Schr. Berlin 1978 (im Druck).

³⁴⁾ Dazu besonders: Rudolf von Thadden, Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates, München 1981, S. 108 ff.

³⁵⁾ Zu dieser Periode der preußischen Geschichte vor allem: Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973.

³⁶⁾ Zur preußisch-deutschen Polenpolitik vor allem: Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/M. 1972; Hans-Ulrich Wehler, Von den „Reichsfeinden“ zur „Reichskristallnacht“: Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich 1871—1918, in: ders., Krisenherde des Kaiserreiches, 1871—1918, Göttingen 1970, S. 181—200.

Das Deutsche Reich von 1871 war, je nach dem Blickwinkel des Betrachters, ein kleindeutsches oder ein großpreußisches Reich. Obwohl die Nationalisierung der Deutschen im Bismarck-Reich im guten wie im bösen voranschritt, blieb dieser preußisch-deutsche Zwi-

tercharakter bis 1918, ja bis in die Weimarer Republik hinein erhalten. Die Überwindung dieses Dualismus fand erst im faschistischen „Großdeutschland“ statt. Die fatalen Folgen sind bekannt. Diese Folgen waren aber weder vorhersehbar noch zwangsläufig.

IV. Preußen und das Dritte Reich: Kontinuität oder Kontinuitätsbruch?

Es gibt keine ungebrochene Kontinuitätslinie, die von Friedrich dem Großen über Bismarck und Wilhelm II. zu Hitler reicht³⁷⁾. Preußen und Nationalsozialismus miteinander zu identifizieren ist schon deshalb nicht möglich, weil es nicht *das*, sondern, wie wir gesehen haben, mehrere Preußen gegeben hat. Das friderizianische ist von dem nachfriderizianischen, das Preußen der Reformen ist von dem Preußen der Reaktionszeit zu differenzieren. Das kleindeutsche oder großpreußische Reich unter Bismarck unterschied sich wiederum von dem Deutschland Wilhelms II. Der ‚Erfolg‘ des Nationalsozialismus ist jedoch ohne spezifisch preußisch-deutsche Voraussetzungen nicht vorstellbar. Allerdings waren diese nur einige der Faktoren, die den Aufstieg und die Macht ergreifung der NSDAP begünstigten. Hinzu kam u. a. die Bereitschaft führender Kreise der Industrie und der Landwirtschaft, die faschistische Partei finanziell und politisch zu unterstützen, um sie dann in Form eines Bündnisses an die Macht zu bringen. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine bloße Machtübertragung. Die nationalsozialistische Massenpartei stellte einen eigenständigen politischen Machtfaktor dar. Es war ihr gelungen, große Teile des in der Weltwirtschaftskrise verarmten Mittelstandes zu gewinnen. Dies gelang dank der Überzeugungskraft der Person Hitlers und der Anziehungskraft der nationalsozialistischen Weltanschauung und Propaganda. Die Wirkung der nationalsozialistischen Ideologie war aber auch deshalb so groß, weil die nationalsozialistischen Propagandisten sich häufig und sehr geschickt auf die Traditionen und Ideologien des Preußentums berufen haben.

³⁷⁾ Zur Kontinuitätsproblematik mit weiteren Literaturhinweisen: Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, 4. Aufl., Darmstadt 1980, S. 104ff.

So problematisch also die realhistorischen Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Preußen anzusehen sind, so eng scheinen die ideologiegeschichtlichen Verbindungen zwischen dem Preußentum und der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Zahl und Bedeutung der Ideologien des Preußentums geradezu in einer geometrischen Progression gewachsen, während die realgeschichtliche Bedeutung Preußens, das immer mehr in Deutschland aufging, geringer geworden war. Als spezifisch preußisch wurde (und wird z. T. bis heute)³⁸⁾ vieles erklärt, um dann entweder glorifiziert oder dämonisiert zu werden. Dies gilt zunächst einmal für den Militarismus, der als spezifisch preußisch gefeiert und verurteilt wurde, obwohl es sich hier eben um einen Ismus, nämlich um ein allgemeines, keineswegs allein auf Preußen zu beziehendes Merkmal eines Staates handelt.

Eng mit der Verehrung oder Verdammung des Militarismus ist auch die Verherrlichung und Verurteilung des angeblich typisch preußischen Autoritarismus und Despotismus verbunden. Man tut gerade so, als ob es autoritäre Regime nur in Preußen gegeben habe!

Während nun einige Ideologen die militärische Kraft und Tüchtigkeit sowie den Führergedanken als Verkörperung des Preußentums feierten, erklärten andere Tugenden wie Fleiß, Ordnungsliebe, Disziplin, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Gehorsam zu spezifisch und ausschließlich preußischen Eigenschaften. Dabei handelt es sich um Tugenden und Eigenschaften, die zwar schon in der Bibel und von den antiken Stoikern vorgeschrieben und gelobt

³⁸⁾ Dazu vor allem: Martin Greiffenhagen, *Die Aktualität Preußens. Fragen an die Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1981.

worden sind, die man jedoch für jede — gute und böse, demokratische und antidemokratische — Zwecke beanspruchen kann. Hinzu kommt, daß es sich keineswegs ausschließlich und spezifisch um preußische Eigenschaften handelt. Sind nur Preußen fleißig, ordentlich, pünktlich, sauber usw.?

Der Witz bei diesen, wie ich sie nennen möchte, ‚trivialen Ideologien des Preußentums‘ ist nun, daß es sich hierbei noch nicht einmal um nationale Stereotypen handelt, denn eine preußische Nation hat es nie gegeben. Es gab und gibt noch nicht einmal eine preußische Küche und preußische Nationalgerichte.

Gerade weil nun die verschiedenen Ideologien des Preußentums³⁹⁾ so unbestimmt und deshalb so instrumentalisierbar waren, konnten sie in die ebenfalls widersprüchliche und in vielen Punkten einfach unklare nationalsozialistische Weltanschauung aufgenommen werden. Die Janusköpfigkeit Preußens und die Ambivalenz des Preußentums machten diese ideologische Adaption möglich.

Dennoch hätte aufmerksamen Lesern von Hitlers „Mein Kampf“ auffallen müssen, daß es Hitler ja gar nicht nur um Preußen ging. Doch wer hat dieses merkwürdige Buch damals gelesen und ernst genommen? Hitler bezeichnete hier die „Geschichte als die geeignetste Lehrmeisterin für unser eigenes politisches Handeln“ und nannte in diesem Zusammenhang drei Epochen innerhalb der deutschen Geschichte, die als besonders beispielhaft und lehrreich für die Gegenwart gelten könnten: „Erstens: Die hauptsächlich von Bajuwaren betätigte Kolonisation der Ostmark, zweitens: Die Erwerbung und Durchdringung des Gebietes östlich der Elbe und drittens: Die von Hohenzollern betätigte Organisation des brandenburgisch-preußischen Staates als Vorbild und Kristallisationskern eines neuen Reiches.“⁴⁰⁾

Hitler hat sich an dieser programmatischen Stelle also keineswegs ausschließlich auf Preußen berufen. Die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung und, wie es im folgenden dann heißt, der Ordensstaat im späteren Ost-

preußen und im Baltikum galten ebenfalls als vorbildlich und beispielhaft. Diese historischen Erscheinungen hatten jedoch mit Preußen nichts zu tun. Innerhalb der nationalsozialistischen Propaganda wurden bekanntlich ferner noch das mittelalterliche deutsche Reich und die germanische Vorzeit gefeiert. All dies war genauso wenig mit dem historischen Preußen und dem Preußentum zu verbinden wie die rassenideologischen Zielsetzungen der Nationalsozialisten, die im Mittelpunkt ihres Programmes standen. Die utopisch-reaktionäre und dann mit barbarisch-bürokratischer Konsequenz und Gründlichkeit verwirklichte Zielsetzung einer ‚Neuordnung‘ der Welt, wobei die als gut angesehene germanische Rasse über slawische Völker herrschen sollte, während die sogenannte „jüdische Weltpest“ zu vernichten sei — dieser Kernpunkt des nationalsozialistischen Programms war in keiner Weise durch die Berufung auf das ‚preußische Beispiel‘ zu rechtfertigen. In ihrem rassenideologischen Kern war die nationalsozialistische Weltanschauung nicht historisch, sondern ahistorisch-biologisch geprägt⁴¹⁾. Um diesen ‚Kern‘ gruppierten sich dann verschiedene andere Ideologeme. Dies gilt für den Antimarxismus und den gleichzeitigen, merkwürdig verschwommenen Antikapitalismus, den Nationalismus und Antidemokratismus und — nicht zuletzt — für den Antisemitismus.

Das ‚preußische Beispiel‘, die Ideologie des Preußentums, hatte also innerhalb der nationalsozialistischen Weltanschauung nur eine sekundäre Bedeutung. Dennoch war die nationalsozialistische Adaption des Preußentums, historisch gesehen, ungeheuer wirkungsvoll. Warum? Wie kann man diesen Widerspruch erklären? Warum haben so viele Deutsche den Nazis so lange geglaubt, daß es ihnen um eine Verwirklichung des Preußentums ging? Hatte man vergessen, daß es kein anderer als Goebbels war, der noch 1932 das Wesen des Preußentums mit folgenden Worten beschrieben hatte: „Das Volk ist nicht für die Organe des Staates, die Organe des Staates sind für das

³⁹⁾ Wolfgang Wippermann, Ideologien des Preußentums, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim 30, 1981, S. 20—35.

⁴⁰⁾ Adolf Hitler, Mein Kampf. 2 Bände in einem Band, ungek. Ausgabe, 29. Aufl., München 1933, S. 742.

⁴¹⁾ Wolfgang Wippermann, Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979, S. 253 ff.; ders., Der ‚deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981, S. 104 ff.

Volk da ... Die Justiz ist eine Pflegestätte der Gerechtigkeit. Sie hat sich freizuhalten von parteipolitischen Einflüssen und muß unbeeinträchtigt urteilen gegen Hoch und Niedrig ...⁴²⁾

Im angeblich ‚preußischen‘ Dritten Reich war das Volk für den Führer da, nicht umgekehrt; war die Justiz von einer „Pflanzstätte der Gerechtigkeit“ zu einem furchtbaren Hilfsorgan des nationalsozialistischen Terrorregimes geworden. Im angeblich ‚preußischen‘ Dritten Reich war das Eingangstor des KZ Buchenwald mit dem Wahlspruch des preußischen Schwarzen Adlerordens „Jedem das Seine!“ geziert. Eine zynischere Pervertierung, ja Umkehrung der altpreußischen Ideale läßt sich nicht vorstellen!

All dies wußte man, oder hätte es wissen können. Dennoch haben so viele Deutsche geschwiegen, gehorcht und ihre Pflicht getan.

⁴²⁾ Zit. nach: Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum (s. Anm. 2), S. 248.

Schließlich hatte man in Elternhaus und Schule nichts anderes gelernt. Gehorsam, Pflichterfüllung, Ordnung — dies waren ja preußische Tugenden, die als Wert an sich angesehen und nicht ‚hinterfragt‘ wurden.

In diesem trivialen, ja privaten Bereich liegen denn wohl auch die engsten und tiefsten Beziehungen zwischen Preußentum und Nationalsozialismus. Wenn die internationale Erscheinung des Faschismus gerade in Deutschland so erfolgreich und folgenreich werden konnte, dann hatte dies seine Ursache mit darin, daß hier die Anfälligkeit im sozialpsychologischen Bereich besonders groß war. Gemeint ist der von Horkheimer und Adorno beschriebene „autoritäre Charakter“⁴³⁾, den man natürlich auch in anderen Ländern antreffen kann, der jedoch gerade in Preußen-Deutschland durch die geschilderten trivialen Ideologien und Erziehungsideale des Preußentums so geformt und geprägt worden ist.

⁴³⁾ Max Horkheimer/Samuel H. Flowerman (Hrsg.), *Studies in Prejudice*, New York 1950.

Preußentum und DDR-Sozialismus

Zum Geschichtsbild im SED-Staat

Zum 7. Oktober 1981, dem beziehungsreichen Jahrestag der DDR-Gründung und damit auch des Beginns deutscher Zweistaatlichkeit, hatte der parlamentarische „Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ zu einer öffentlichen Anhörung ins Bonner Bundeshaus eingeladen, auf der von Politikern und sechs Sachverständigen zum Thema „Geschichtsverständnis und seine Rolle in den Gesellschaftsordnungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ diskutiert werden sollte.

Während Rudolf von Thadden aus Göttingen einleitend einen „Mangel an Geschichtsbeußtsein der Deutschen heute“¹⁾ beklagte, dafür aber nicht nur das Jahr 1945 und seine Folgen verantwortlich machen wollte, sondern auch die „bis in die Anfänge der Nationalstaatswerdung zurückreichende Verhaltensunsicherheit der Deutschen gegenüber ihrer eigenen Geschichte“²⁾, die gleichwohl aufgehoben werden könnte durch eine Art „Verantwortungsgemeinschaft“³⁾ aller Deutschen für ihr historisches Erbe, erläuterte daran anschließend Hermann Weber aus Mannheim das marxistische Geschichtsbild, wie es heute, trotz wiederholter Wandlungen, für alle DDR-Historiker verbindlich ist.

Danach ist Geschichte eine stete Abfolge von „Klassenkämpfen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen“⁴⁾, wodurch die Entwicklung der Menschheit von der Urgesellschaft über die antike Sklavenhaltergesellschaft, den mittelalterlichen Feudalismus und den neuzeitlichen Kapitalismus bis zur Einmündung in die „klassenlose Gesellschaft“ des Kommunismus vorangetrieben wird. Geschichte, marxistisch interpretiert, ist also ein gesetzmäßig verlaufender, erkennbarer und

vorausberechenbarer Prozeß. Wer diese Gesetzmäßigkeit anerkennt und auf die Position des schließlich siegreichen Proletariats einschwenkt, handelt nach dem Prinzip der „Parteilichkeit“ und besitzt sozialistisches Geschichtsbewußtsein. Dazu heißt es im „Kulturpolitischen Wörterbuch“ (1978): „Im Geschichtsbewußtsein finden das Wissen um den Ablauf und die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, im sozialistischen Geschichtsbewußtsein insbesondere der Geschichte der Arbeiterbewegung, des eigenen Volkes und der Weltgeschichte sowie die Lehren und Schlußfolgerungen aus den geschichtlichen Erfahrungen und Gesetzmäßigkeiten für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft ihren Ausdruck.“⁵⁾

Die 1946 gegründete „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die sich als „führende Kraft bei der Verwirklichung des Sozialismus“⁶⁾ versteht, zugleich aber auch als „Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes“⁷⁾, legitimiert mit der Behauptung, das Ziel der Geschichte zu kennen, ihre Siegesgewißheit und ihren Herrschaftsanspruch. Dadurch wird Geschichtswissenschaft im anderen Teil Deutschlands zu einer Legitimationswissenschaft, deren politisches Ziel zu sein hat, die „tatsächlichen Machtverhältnisse zu rechtfertigen und gleichzeitig zu verschleiern“⁸⁾. Da aber vom marxistischen Historiker an DDR-Universitäten und Forschungsinstituten sowohl „Parteilichkeit“ als auch Faktentreue gefordert werden, erweist sich Geschichte immer auch als „Selbstbedienungsladen“ für Rechtfertigungsideologen, die jeden tagespolitischen Einfall der Staatspartei heute und das genaue Gegenteil davon mor-

1) Zitiert nach dem Manuskript Rudolf von Thaddens.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Zitiert nach dem Manuskript Hermann Webers.

5) Kulturpolitisches Wörterbuch, 2. Auflage, Berlin 1978, S. 237.

6) Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1967, S. 592.

7) Aus dem SED-Programm, zitiert nach dem Manuskript Hermann Webers.

8) Hermann Weber, a. a. O.

gen historisch zu untermauern wissen. Bei Hermann Weber heißt es dazu: „Geschichte wird in dieser Sicht zur rückprojizierten Gegenwart, das heißt, die aktuelle Politik wird in die Vergangenheit transformiert. Geschichte wird immer so gesehen, wie sie nach der gegenwärtigen Situation hätte sein sollen, und nicht so, wie sie tatsächlich war. Dieses Geschichtsverständnis führt zwangsläufig zu immer neuen Legenden und Verzerrungen. Zur Rechtfertigung der jeweiligen politischen Linie der Parteiführung wird die Geschichte ständig umgeschrieben, jede politische Kurskorrektur muß eine Neufassung der Geschichte bringen, um Gegensätze oder Fehler zu verschleiern.“⁹⁾

Bei der Umsetzung dieses Geschichtsverständnisses, das „sozialistisches Bewußtsein“ erzeugen helfen soll, in die Geschichtsdidaktik, die „Unterwerfung durch Erziehung“¹⁰⁾ erreichen will, ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten. Wenn marxistisch verstandene Geschichte der „Abgrenzungspolitik“ gegenüber der „imperialistischen“ Bundesrepublik Deutschland dienen und die Ausbildung einer „sozialistischen Nation“ fördern soll, so kann doch die gemeinsame Geschichte Deutschlands vor 1945, die immerhin tausend Jahre umfaßt, nicht verdrängt werden. Ein Beispiel: Auch SED-Historiker werden nicht leugnen können, daß Karl Marx 1818 in Trier geboren wurde und in Köln wirkte oder daß Teile Sachsens NSDAP-Hochburgen waren.

Die ideologisch motivierte Aufteilung der deutschen Geschichte in eine „progressive“ und eine „reaktionäre“ Traditionslinie erwies sich auf die Dauer als unbrauchbar, weil sie auf eindeutig politischen und nicht historisch-wissenschaftlichen Prämissen aufgebaut war. DDR-Historiker wie Horst Bartel, derzeitiger Direktor des Ost-Berliner „Zentralinstituts für Geschichte“ in der „Akademie der Wissenschaften“, haben diesen Mangel erkannt und versuchen eine Neugliederung deutscher Geschichte durch eine Umwertung des Begriffspaares „Erbe und Tradition“. In zwei Aufsätzen¹¹⁾, erschienen in der SED-Zeitschrift „Ein-

heit“ und in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, wird versucht, das „historische Erbe“¹²⁾ als wertneutralen und die „historische Tradition“¹³⁾, der der SED-Staat verpflichtet ist, als „parteilichen“ Begriff vorzustellen: „Das gesamte historische Erbe zu erschließen, entspricht den Forderungen der weltanschaulichen Funktion historischer Forschung und Darstellung. Sie hat die Aufgabe, nicht nur die Widersprüchlichkeit, sondern auch die Objektivität des Geschichtsprozesses zu verdeutlichen, das Geschichtsbild als Bestandteil der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu formen und Lehren der Geschichte zu vermitteln — positive wie negative ... Demgegenüber gehören zu unserer historischen Tradition oder zu unserem Traditionsbild nur diejenigen historischen Entwicklungslinien, Erscheinungen und Tatsachen, auf denen die Deutsche Demokratische Republik beruht, deren Verkörperung sie darstellt, die sie bewahrt und fortführt. Tradition und Traditionsbild umfassen also nur einen Teil der Geschichte, nur einen Teil des gesamten Erbes.“¹⁴⁾

Die Nähe zum Thema „Preußen“ ist in diesen Definitionen nicht nur daran erkennbar, daß die „Rolle von Luther oder Preußen in unserem Geschichtsbild“¹⁵⁾ im Aufsatz ausdrücklich genannt wird, sondern mehr noch daran, daß bei der Traditionsbewertung neue Kriterien benutzt werden. So wird der tradierte Dualismus progressiv/reaktionär ersetzt durch eine differenziertere Einschätzung des Geschichtsverlaufs. Wenn bisher schon die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung als „Kernstück des Traditionsbildes“¹⁶⁾ betrachtet wurde, ergänzt durch „zweitens alle revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Erscheinungen, Entwicklungen, Persönlichkeiten und Tatsachen, die im Laufe der viele Jahrhunderte umfassenden Geschichte unseres Volkes entstanden sind“¹⁷⁾, so werden neuerdings auch als dritter Faktor genannt die „positiven Resultate des Wirkens, die von herrschenden Ausbeuter-

in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR“ in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5/1981, S. 387—394.

¹²⁾ Einheit, S. 274

¹³⁾ Ebenda.

¹⁴⁾ Ebenda.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 275.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 274.

¹⁷⁾ Ebenda.

⁹⁾ Ebenda.

¹⁰⁾ Gerhard Möbus, Unterwerfung durch Erziehung, Mainz 1965.

¹¹⁾ Horst Bartel, Historisches Erbe und Tradition, in: Einheit 3/1981, S. 272—278, und: „Erbe und Tradition

klassen, von Schichten, Gruppen und einzelnen ihrer Vertreter herrühren, Leistungen, die dem historischen Fortschritt gedient haben, bewahrungswürdig sind und unsere volle Auf-

merksamkeit und Pflege verdienen"¹⁸⁾. Die Biographie „Friedrich II. von Preußen“ (1979) Ingrid Mittenzwei ist Ausdruck und Ergebnis dieser veränderten Forschungslage.

Das marxistische Preußen-Bild 1848/1950

Diese „abwägende Sichtweise auf das Preußentum, seine Merkmale und Folgen“¹⁹⁾, wie sie Ingrid Mittenzwei in ihren beiden Preußen-Büchern vorträgt, ist im Kontext einer marxistischen Preußen-Rezeption seit über hundert Jahren durchaus unüblich und neuartig. Was noch am 28. Juni 1977, als Dietrich Stobbe, damals Regierender Bürgermeister Berlins, die Preußen-Ausstellung anregte, als kaum denkbar erschien: nämlich die Einbeziehung des Zeitalters Friedrichs des Großen und seiner Vorgänger in die marxistische Geschichtsforschung, wird heute in der DDR als „Revision des offiziellen Preußenbildes“²⁰⁾ angeboten, als wären auf DDR-Gebiet niemals preußische Kulturdenkmäler wie das Berliner Stadtschloß zerstört und nie das Reiterstandbild des Alten Fritz, der seit Herbst 1980 wieder Unter den Linden reitet, 1950 ins Potsdamer Exil verbannt worden. Die Verwunderung des einfachen DDR-Bürgers über den neuen „Bruderbund“ zwischen Altpreußen und „Rotpreußen“ geht so weit, daß ein Ost-Berliner Kabarettist im Adlershofer Fernsehen spotten konnte: „Ich habe jahrzehntelang gebraucht, um Friedrich den Großen zu vergessen, und nun ist er wieder eingeritten in der Hauptstadt“²¹⁾, oder daß besorgte Hörerbriefe beim DDR-Rundfunk eingingen, ob denn Friedrich II. eine „historische Persönlichkeit im Sinne des historischen Materialismus“²²⁾ gewesen sei.

Selbstverständlich war er das nicht, aber er kann es immer noch werden, wenn man bedenkt, daß ihm schon der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker das Attribut „Der Große“²³⁾ zuerkannte, was ihm Ingrid Mittenzwei noch verweigert. So ist das Preußen-Jahr 1981

in Ost-Berlin mit seinen kaum noch überschaubaren Aktivitäten nur der Höhepunkt einer Entwicklung, die schon vor Jahren mit der Stilisierung preußischer Generäle zu Vorbildern der „Nationalen Volksarmee“ und der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte Preußens“ begonnen hat. Erstaunlich immerhin, weil der Begriff „Preußen“ bis zum Kriegsende 1945 und noch über die DDR-Gründung 1949 hinaus in der marxistischen Geschichtspublizistik eine Negativvokabel war, die für alles stand, was die deutsche Geschichte nach dem Dreißigjährigen Krieg alles an Widerwärtigem und Verderblichem hervorgebracht hatte.

So sind die Gesammelten Werke des nach London emigrierten Rheinpreußen Karl Marx und des preußischen Reserveoffiziers und Ruhrindustriellen Friedrich Engels aus Wuppertal-Elberfeld voller Verdammungen über preußische Politik und Staatsauffassung. Am 13. Dezember 1856 zum Beispiel nahm Karl Marx unter dem Titel „Das göttliche Recht der Hohenzollern“²⁴⁾ zur Frage des Schweizer Fürstentums Neuenburg Stellung, das von 1707 bis 1857 preußischer Besitz war, und führte die Entstehung des preußischen Staates auf Bestechung zurück: „Mutet uns die Geschichte ihres Rivalen (Österreich) wie ein diabolisches Epos an, so erscheint daneben die brandenburgische Historie wie eine schmutzige Familienchronik... In der Entstehungsgeschichte der hohenzollernschen Monarchie stehen drei Ereignisse im Vordergrund: die Erwerbung des Kurfürstentums Brandenburg, die Angliederung des Herzogtums Preußen und endlich die Erhebung des Herzogtums zu einem Königreich. Wir haben gesehen, auf welche Weise das Kurfürstentum erworben wurde. Das Herzogtum Preußen wurde durch drei Maßnahmen erworben. Erstens durch Säkularisa-

¹⁸⁾ Ebenda.

¹⁹⁾ Helmut Lölhöfel, Die DDR und ihre Preußen, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juli 1981.

²⁰⁾ Ebenda.

²¹⁾ Ebenda.

²²⁾ Ebenda.

²³⁾ Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin 1980, S. 237.

²⁴⁾ Karl Marx, Das göttliche Recht der Hohenzollern, in: Marx/Engels, Werke, Band 12, Berlin 1972, S. 95—101.

tion, dann durch Heiratsgeschäfte ziemlich zweideutigen Charakters — der Kurfürst Joachim Friedrich heiratete nämlich die jüngere Tochter und sein Sohn Johann Sigismund die ältere Tochter des verrückten Herzogs Albrecht von Preußen, der keine Söhne hatte — und endlich durch Bestechung, und zwar wurde mit der rechten Hand der Hof des polnischen Königs und mit der linken der Reichstag der polnischen Republik bestochen. Diese Bestechungsaffären waren so verwickelt, daß sie sich über eine ganze Reihe von Jahren erstreckten.²⁵⁾

Ähnlich sah Friedrich Engels in seinem 1887 veröffentlichten Aufsatz „Zur Geschichte der preußischen Bauern“²⁶⁾ das ostelbische Preußen als geraubtes Land und den einheimischen Adel als Ausbeuterkaste: „Sobald aber der Bauer in einen Leibeigenen verwandelt und dieser durch die römischen Juristen dem römischen Sklaven gleichgestellt war, pfiff der gnädige Herr auf einer ganz andern Tonart. Unter Zustimmung der Juristen auf der Gerichtsbank forderte er jetzt von den Bauern ungemessene Dienste, soviel, wann und wo es ihm beliebte. Der Bauer mußte für den Gutsherrn fronden, fahren, pflügen, säen, ernten, sobald er dazu aufgeboten, ob auch sein eignes Feld vernachlässigt wurde und seine eigene Ernte verregnete.“²⁷⁾

Es kommt hier nicht darauf an, zu beurteilen, was an diesen Verdikten zutrifft und was nicht, wichtiger erscheint mir der Umstand, daß die von Karl Marx, Friedrich Engels und später auch Franz Mehring (1846—1919) vorgenommene Einschätzung Preußens in seiner durchweg negativen Akzentsetzung fast ein Jahrhundert lang, immer erneut scheinbar oder tatsächlich durch den Geschichtsverlauf bestätigt, für das marxistische Geschichtsbild bestimmend wurde und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung verhindert hat.

So wurde das Hauptwerk Franz Mehrings, die „Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters“ (1910), bereits 1947 im Ost-Berliner Dietz-Verlag neu herausgegeben und zur Grundlage „parteilicher“ Geschichtswissen-

schaft gemacht. Franz Mehring, der sich als oppositioneller Sozialdemokrat im Kaiserreich in zahlreichen Aufsätzen, Streitschriften, Zeitungsartikeln mit preußischer Geschichte beschäftigt hat, bevorzugt die Polemik, die oft die Sachkenntnis überdeckt, auch wenn nicht zu bestreiten ist, daß die tägliche Erfahrung des sozialistischen Theoretikers mit dem preußischen Staat den Blick geschärft hat für Hintergründe und Zusammenhänge preußischer Geschichte.

In drei Aufsätzen der Jahre 1901, 1902 und 1915/16 verdeutlichte Franz Mehring, was er unter „Preußen“ verstehen wollte und wo er kritische Einwände setzte. Der erste, „Der Ursprung des preußischen Königtums“²⁸⁾, war dem Jahrestag der Erhebung des Herzogtums Preußen zum Königreich 1701 gewidmet: „Seitdem der zweihundertste Geburtstag der preußischen Königskrone in Sicht ist, hat sich ein Haufen loyaler Archivare und Professoren abgemüht, das Bild des ersten Hohenzollernkönigs möglichst schön zu färben, was eine schwierige oder vielmehr eine unlösbare Aufgabe ist. Es ist unmöglich, den Berg der Verachtung fortzuwälzen, unter dem Friedrich I. bereits bei seinen Lebzeiten begraben war. Niemand hat dieser Verachtung einen kräftigeren Ausdruck gegeben als sein Enkel, der sogenannte große Friedrich. Dessen Verachtung allein genügt schon als Beweis dafür, daß nicht einmal Gründe preußischer Staatsräson bei der Erwerbung der Königskrone mitgesprochen haben.“²⁹⁾

Im zweiten Aufsatz „Borussische Germanisierung“³⁰⁾ wurde versucht, russische und preußische Polenpolitik im 19. Jahrhundert gegeneinander auszuspielen: „Schon seit der Mitte der sechziger Jahre wurde die Bourgeoisie die leitende Klasse des Landes, und sie war der Hand dankbar, die sie herangezüchtet hatte; kein polnischer König ist je mit so raffiniertem Klimbim patriotischer Entzückung in Warschau empfangen worden wie der gegenwärtige Zar bei dem ersten Besuch, den er nach seiner Thronbesteigung in seiner polnischen Hauptstadt machte. Rußland hat wirklich sei-

²⁵⁾ Ebenda, S. 97 und 100.

²⁶⁾ Friedrich Engels, Zur Geschichte der preußischen Bauern, in: Marx/Engels, Werke, Band 21, Berlin 1973, S. 238—247.

²⁷⁾ Ebenda, S. 241.

²⁸⁾ Franz Mehring, Der Ursprung des preußischen Königtums (9. Januar 1901), in: Gesammelte Schriften, Berlin 1964, S. 485 ff.

²⁹⁾ Ebenda, S. 486 ff.

³⁰⁾ Franz Mehring, Borussische Germanisierung (28. Mai 1902), ebenda, S. 465 ff.

nen polnischen Bissen verdaut, obgleich ihm das größte und härteste Stück der Beute zugefallen war. Dagegen die borussische Polenpolitik! Während die russische aus den polnischen Wäldern blühende Industriebezirke schuf, beschränkte sich die borussische darauf, die einheimischen Wölfe dieser Wälder durch ihre eigene Wolfszucht herausbeißen zu lassen.³¹⁾

Und im dritten Aufsatz, „Der rote Faden der preußischen Geschichte“³²⁾, einer Rezension des preußenfreundlichen Buches von Otto Hintze „Die Hohenzollern und ihr Werk“ (Berlin 1915), werden „Militarismus“ und Herrschaft des ostelbischen „Junkertums“ zu durchgängigen Prinzipien preußischer Politik erklärt: „Bis zum Jahre 1791 hat es in diesem Heere nicht weniger als 895 Generale aus 518 adligen Familien gegeben, darunter aus der Familie Kleist 14, Schwerin 11, Goltz 10, Bork und Bredow je 9, Dohna und Marwitz je 7; aus der Familie Marwitz allein haben von der Mitte des siebzehnten bis zum Anfang des neunzehnten Jahrhunderts einige hundert Offiziere gedient. Geben diese Ziffern schon einen Begriff davon, in welchem Umfang der Adel das Heer beherrschte, so ist der Beweis noch kürzer und schlagender durch die Tatsache geführt, daß die Grundlage der ganzen Heeresverfassung das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis war ... Für die Mitwelt aber war dieser neue Militärstaat ein Gegenstand halb des Grauens und halb des Spottes: des Grauens, weil seine Voraussetzung soziale Zustände waren, die man als barbarisch empfand; des Spottes, weil man keinen irgend vernünftigen Zweck einer so beispiellosen Verwüstung von Gut und Blut zu erkennen vermochte. Die auswärtige Politik des Königs hatte weder Hand noch Fuß; der einzige Erfolg, der ihm, gleich nach Beginn seiner Regierung, in den Agonien des schwedischen Karl XII. mit leichter Mühe zufiel, war der Erwerb Stettins und der Odermündungen, aber er hatte keine Ahnung davon, weshalb sein Großvater so hartnäckig und so lange diesem Erwerb nachgejagt war.“³³⁾

Man könnte bei Karl Marx, Friedrich Engels, Franz Mehring von durchgehend antipreußi-

³¹⁾ Ebenda, S. 468.

³²⁾ Franz Mehring, Der rote Faden der preußischen Geschichte (1915/16), ebenda, S. 363 ff.

³³⁾ Ebenda, S. 420.

scher Publizistik sprechen, wenn es da nicht auch schmale Ansätze eines positiven Preußen-Bildes gäbe, das auf die Reformen 1806/07 und die Befreiungskriege 1813/14 gegründet ist. Während der Weimarer Republik und besonders während des Dritten Reiches, dessen Vertreter sich auf Preußen beriefen, blieb dieses negative Preußen-Bild des deutschen Marxismus unverändert bestehen und konnte nach 1945 ohne Abstriche übernommen werden, wobei die negativen Akzente, nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, noch verstärkt hervortraten. Hatte doch selbst das von den Siegermächten am 31. März 1947 veröffentlichte Kontrollratsgesetz Nr. 46 in Preußen den „Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“³⁴⁾ gesehen.

Es gab freilich, außerhalb Deutschlands, eine Ausnahme, wo eine Siegermacht, wiederum bezogen auf die Jahre 1806/14, positive Akzente gesetzt wissen wollte. Gemeint ist die in russischen Kriegsgefangenenlagern mit der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und dem „Bund Deutscher Offiziere“ vorbereitete Nachkriegs-Deutschlandspolitik der Sowjetunion. So wurde im Gründungsauftrag die Lage der gefangenen Soldaten und Offiziere der „Wehrmacht“ verglichen mit den deutschen Kontingenten, die Napoleon auf seinem Rußlandfeldzug 1812 begleitet hatten: „Wir haben in unserer Geschichte ein großes Vorbild. Vor hundertdreißig Jahren wandten sich, als noch deutsche Truppen als Feinde auf russischem Boden standen, die besten Deutschen, vom Stein, Arndt, Clausewitz, Yorck und andere, von Rußland aus über die Köpfe verräterischer Machthaber hinweg an das Gewissen des deutschen Volkes und riefen es auf zum Freiheitskampf. Gleich ihnen werden wir all unsere Kraft und auch unser Leben einsetzen, alles zu unternehmen, was den Freiheitskampf unseres Volkes entfaltet und den Sturz Hitlers beschleunigt.“³⁵⁾

Dieser Versuch einer Traditionsbildung mit preußischer Geschichte war aber in den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr gefragt und ging verloren. Da nämlich wurde deutsche, zumal

³⁴⁾ Zitiert nach: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Das Preußenbild der DDR im Wandel, Bonn 1981, S. 7.

³⁵⁾ Jesco von Puttkammer, Irrtum und Schuld — Geschichte des Nationalkomitees Freies Deutschland, Neuwied/Berlin 1948, S. 46.

preußische Geschichte überhaupt verworfen, was schon in Buchtiteln wie „Deutsche Daseinsverfehlung“ (1946) von Ernst Niekisch und „Von Luther zu Hitler“ (1947) von Wolfram von Hanstein zum Ausdruck kam. In Alexander Abuschs „Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte“ (Untertitel) mit dem anspruchsvollen Titel „Der Irrweg einer Nation“ (1946), der folgenreichsten Abrechnung mit dem geschlagenen Deutschland, wurde von einer „verfälschten Geschichte der deutschen Nation“³⁶⁾ gesprochen, zu deren Rettung offensichtlich die deutschen Kommunisten angetreten waren. Das zweite Kapitel innerhalb dieses Buches, mit der Überschrift „Das Wesen des Preußentums“, nimmt folglich eine beherrschende Stellung ein, da, wie es heißt, die „historische Entwicklung des Preußentums“³⁷⁾ den Schlüssel liefere „zur Lösung des deutschen Rätsels“³⁸⁾. Was in diesem Kapitel geboten wird, dessen Bewertungen und Mißdeutungen preußischer Geschichte schon bei Franz Mehring vorgeformt waren, ist eine gedrängte Übersicht zum Thema „Preußen und

Deutschland“, die in dem Satz gipfelt: „Das Preußentum, geboren aus dem Unglück und der nationalen Katastrophe Deutschlands, wurde in drei Jahrhunderten zu einem Wegbereiter seines größten Unglücks und seiner tiefsten nationalen Katastrophe. Preußens Herrenkaste trägt ihr gerütteltes Maß Schuld daran, daß Deutschland schließlich in die tragisch-verbrecherische Entwicklung eines überheblichen Militarismus und Imperialismus gedrängt wurde.“³⁹⁾

Seit der Reformation war, so Alexander Abusch, das Preußentum durch „seine traditionell antideutsche Haltung“⁴⁰⁾ gezeichnet; Preußen „profitierte für seinen eigenen Aufstieg viel von dem allgemeinen deutschen Unglück“⁴¹⁾ und „entwickelte sich eigensüchtig gegen Deutschland; es stärkte sich ländergierig auf Kosten der übrigen deutschen Länder“⁴²⁾. Auch im Jahrhundert nach Friedrich des Großen Tod 1786 war „Preußens Politik... niemals auf Deutschlands nationale Einheit gerichtet, sondern stets plump und einfach auf Länderraub für sich selbst“⁴³⁾.

Übergang zur „nationalen Geschichtsbetrachtung“

Für mindestens fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg galt preußisch-deutsche Geschichte als verfemt und völlig unbrauchbar zur Umerziehung der in der Sowjetischen Besatzungszone lebenden einheimischen und aus den preußischen Ostprovinzen vertriebenen Bürger. Das Fach „Geschichte“ in der Forschung, die aus Mangel an „fortschrittlichen“ Historikern kaum betrieben werden konnte, und in der Lehre war „internationalistisch“ ausgerichtet. Das politische Ziel war der völlige Bruch mit der unseligen Vergangenheit und die Einstimmung der Bevölkerung auf eine neue Zukunft, die zunächst den Namen „antifaschistisch-demokratische Ordnung“, seit 1952 dann „Aufbau des Sozialismus“ tragen sollte. Von deutscher Geschichte wollte man, wenn man von der Zuwendung, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in jenen Jahren erfuhr, einmal absieht, nichts wissen.

An Schulen und Hochschulen wurden Lehrbücher benutzt wie „Geschichte der Neuzeit 1789—1870“ und „Geschichte der Neuzeit 1870—1918“, die von russischen Professoren geschrieben und von DDR-Slawisten übersetzt waren. Deutsche Geschichte als Nationalgeschichte kam dort nicht vor, allenfalls als Dokumentationsmaterial, mit dem die Evidenz des „historischen Materialismus“ bewiesen werden konnte.

Daß freilich kein Volk auf Dauer ohne positive Beziehungen zu seiner Geschichte und von seinen Traditionen abgeschnitten leben kann, das wurde von den DDR-Historikern erst in den fünfziger Jahren begriffen, als sie — die ihren sozialistischen Staat als „deutschen Kernstaat“⁴⁴⁾ ausgegeben hatten, dem gegenüber die „kapitalistische“ Bundesrepublik

³⁶⁾ Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1960, S. 250.

³⁷⁾ Ebenda, S. 31.

³⁸⁾ Ebenda, S. 31.

³⁹⁾ Ebenda, S. 33.

⁴⁰⁾ Ebenda, S. 54.

⁴¹⁾ Ebenda, S. 55.

⁴²⁾ Ebenda, S. 55.

⁴³⁾ Ebenda, S. 60.

⁴⁴⁾ FES, a. a. O., S. 21.

Deutschland als „Separatstaat“⁴⁵⁾ zu gelten habe, der aus dem Verband der deutschen Nation ausgeschieden sei — in einen Legitimationszwang gerieten, der mit einem Verweis auf „progressive“ Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr zu befriedigen war. Ansätze dieser Wendung zum „Nationalen“ zeigten sich bereits im Goethe-Jahr 1949, zu dessen Vorbereitung der SED-Parteivorstand am 10. März die Förderung der „großen kulturellen Traditionen des eigenen Volkes“⁴⁶⁾, wobei der Begriff „deutsch“ sorgsam vermieden wurde, postulierte. Zwei Jahre danach, am 20. Oktober 1951, wurde auf dem 7. Plenum des ZK der SED die Periode der unerbittlichen Abrechnung mit der deutschen Geschichte für beendet erklärt. Sie nämlich habe nicht nur schmachvolle Ereignisse aufzuweisen, sondern sei auch „reich an freiheitlichen, revolutionären Taten, an bedeutenden Leistungen der großen Söhne und Töchter des deutschen Volkes für die Entwicklung der deutschen Kultur und der Weltkultur“⁴⁷⁾.

Die Umorientierung der Geschichtswissenschaft und das Einschwenken auf „nationale“ Positionen ist in drei Aufsätzen zweier führenden DDR-Historiker dokumentiert, in denen einmal die ideologisch notwendige Abwehr bürgerlich-feindlicher Standpunkte gefordert und dann die Aufgaben einer marxistischen Geschichtsideologie beschrieben werden. So nahm Walter Markov Stellung „Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung“ (1950), während sich Leo Stern „Zur geistigen Situation der bürgerlichen Geschichtsschreibung der Gegenwart“ (1953) äußerte. Am wichtigsten für die Neubesinnung war Leo Sterns auch als Aufsatz erschienener Vortrag „Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung“ (1952), weil hier recht deutlich die „nationale Saite“ angeschlagen wurde, die den „Internationalisten“ Walter Ulbrichts recht fremd in den Ohren geklungen haben muß: „Es gilt, die Historiker der DDR mit dem sanctus amor patriae, mit der heiligen Liebe zum Vaterland, zu erfüllen, mit dem hohen Verantwortungsbeußtsein vor dem deutschen Volk ... Es gilt,

beim deutschen Volk das politische Minderwertigkeitsgefühl zu beseitigen...“, indem die Historiker ... aufzeigen, daß die deutsche Geschichte nicht eine Misere in Permanenz war, sondern leuchtende Epochen, Ereignisse und Persönlichkeiten aufweist.“⁴⁸⁾

Daß von dieser neuen Position aus auch Alexander Abuschs Buch „Der Irrweg einer Nation“ kritisiert werden konnte, versteht sich fast von selbst. So schrieb Fritz Lange in seinem Buch „Die Volkserhebung von 1813“ (1952), worin er die preußische Heeresreform und die deutsch-russische Waffenbrüderschaft rühmte, daß man „aus der Geschichte des eigenen Volkes keine Kraft, keinen Mut und keine Zuversicht schöpfen“ könne⁴⁹⁾, wenn man immer nur auf einen „Irrweg“ verwiesen werde. Wenige Wochen nach Leo Sterns Vortrag vom 28. Mai 1952 verkündete Walter Ulbricht auf der 2. SED-Parteikonferenz am 9. Juli 1952, auf der der „Aufbau des Sozialismus“ beschlossen wurde: „Das patriotische Bewußtsein, der Stolz auf die großen Traditionen unseres Volkes beginnen sich zu entwickeln.“⁵⁰⁾

Folgerichtig wurden 1952 das Ost-Berliner „Museum für Deutsche Geschichte“ und 1953 die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ gegründet. Zur Eröffnung des im alten Berliner Zeughaus untergebrachten Museums erklärte Gerhard Harig: „Es soll den Kampf der fortschrittlichen Kräfte der Vergangenheit für unseren gegenwärtigen nationalen Kampf nutzbar machen ... Denn im Prozeß des Reifens des Nationalbewußtseins des deutschen Volkes spielen Kenntnis und Beherrschung der Geschichte eine entscheidende Rolle.“⁵¹⁾ Von nun an war die DDR-Geschichtswissenschaft an die Vorgabe zweier Klassenlinien in der deutschen Geschichte gebunden, wobei der „reaktionäre“ Strang der zum Untergang verurteilten Bundesrepublik Deutschland zu fallen sollte und der „progressive“, bürgerlicher und proletarischer Observanz, dem sozialistischen Staat in Deutschland.

Diese Konzeption wird noch im „Nationalen Dokument“ von 1962 vertreten und ist auch noch, im Zuge der „Abgrenzungspolitik“ relati-

⁴⁵⁾ Ebenda.

⁴⁶⁾ Zitiert nach: DDR-Handbuch, 2. Auflage, Köln 1979, S. 752.

⁴⁷⁾ Zitiert nach: Dieter Riesenberger, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR, Göttingen 1973, S. 13.

⁴⁸⁾ Zitiert nach: Fritz Kopp, Die Wendung zur ‚nationalen‘ Geschichtsbetrachtung in der Sowjetzone, 2. Auflage, München 1955, S. 18.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 27.

⁵⁰⁾ Zitiert nach: DDR-Handbuch, a. a. O.

⁵¹⁾ Zitiert nach: Fritz Kopp, a. a. O., S. 22.

viert, in den frühen Jahren Erich Honeckers wirksam: „Die Deutsche Demokratische Republik ist heute die staatliche Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte — der Bauernerhebung des Mittelalters, des Kampfes der revolutionären Demokraten von 1848, der von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht begründeten deutschen Arbeiterbewegung, der Heldentaten im antifaschistischen Widerstandskampf. In der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich die sozialistische Nation unter Führung der Arbeiterklasse.“⁵²⁾

Und noch am 18. November 1980 gab Walter Schmidt in einem beachtenswerten Vortrag über „Nationalgeschichte der DDR und das territorialstaatliche historische Erbe“⁵³⁾ bekannt, auf welche Traditionen sich die marxistische Geschichtsforschung zu beziehen gedenkt: „Die DDR ist Erbe und Vollender aller progressiven Traditionen der deutschen Geschichte. Dazu gehören die Aktionen des deutschen Bauernkrieges von 1525 in Südwestdeutschland ebenso wie in Thüringen; die Aktivitäten der süddeutschen Jakobiner im Gefolge der Französischen Revolution und die Mainzer Republik von 1793, die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden, nicht weniger als der sächsische

Bauernaufstand von 1790 und die große Erhebung der schlesischen Gebirgsweber von 1793; die Reichsverfassungskämpfe von 1849 in Elberfeld, in Baden und in der Rheinpfalz gleichermaßen wie die Barrikadenschlachten der Berliner Märzrevolution und in Dresden im Mai 1849; die rote Ruhrarmee von 1920 und der Hamburger Aufstand 1923 sowie die Aktionen gegen den Kapp-Putsch in Preußen, Thüringen und Mecklenburg und die mitteldeutschen Kämpfe der Arbeiter von 1921. Die Berufung der DDR auf alle diese territorialgeschichtlich unterschiedlich angesiedelten, progressiven Traditionen deutscher Geschichte ist ihr legitimes, weil objektiv gegebenes Recht; und es besitzt eine hohe politische Relevanz.“⁵⁴⁾

Diese Aufzählung ist beileibe nicht vollständig. Sie bezieht sich ausschließlich auf landesgeschichtliche Ereignisse, von denen freilich mehrere, wie die Mainzer Republik 1792/93 und die Berliner Märzrevolution 1848, überregionale, ja nationale Bedeutung hatten. Daß die Geschichte Preußens hier nicht genannt wird, beruht keineswegs auf neuer Mißachtung, sondern unterstreicht nur, daß sie den landesgeschichtlichen Rahmen sprengt und zu einem selbständigen Forschungszweig geworden ist.

Standardwerke der Geschichtsschreibung

Die Durchforschung preußischer und deutscher Geschichte nach Anknüpfungspunkten für ein weniger negatives Geschichtsbild, wie es von Franz Mehring und Alexander Abusch überliefert worden war, wozu sich aber die DDR-Sozialisten in den fünfziger Jahren durchgerungen hatten, geschah nicht nur zum Zwecke der Kostümierung des traditionslosen SED-Staates mit nationalen Losungen, sondern auch aus militärpolitischer Berechnung. So feierte Walter Ulbricht 1953, zum 140. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, die preußisch-russische Waffenbrüderschaft im Endkampf gegen napoleonische Fremdherrschaft und beschwor damit zugleich den „Bruderbund“ der drei Jahre später geschaffenen

„Nationalen Volksarmee“ mit der „Roten Armee“: „Männer wie Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, Blücher, Clausewitz, Fichte, Ernst Moritz Arndt, Humboldt, Kleist, Lützow und andere standen an der Spitze des Kampfes. Hervorragende Generale stellten sich der patriotischen Bewegung zur Verfügung, um den nationalen Befreiungskampf zum Siege zu führen. Ihre tapfere Haltung war ein Ausdruck der tiefen Liebe zu Deutschland und dem deutschen Volke.“⁵⁵⁾

Als am 18. Januar 1956 die seit Herbst 1952 bestehende „Kasernierte Volkspolizei“ in „Nationale Volksarmee“ umbenannt wurde, verwies Verteidigungsminister Willi Stoph wiederum auf die preußische Generalität der Befreiungs-

⁵²⁾ Zitiert nach: DDR-Handbuch, a. a. O.

⁵³⁾ Veröffentlicht in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5/1981, S. 399—404.

⁵⁴⁾ Ebenda, S. 400.

⁵⁵⁾ FES, a. a. O., S. 22.

kriege: „Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee werden zur Ergebenheit gegenüber Volk und Vaterland erzogen. Ihre Erziehungsprinzipien beruhen auf den Grundsätzen der sozialistischen Moral, und ihre Vorbilder sind die großen Patrioten der deutschen Geschichte, die um Freiheit, Unabhängigkeit und Einigkeit unseres Volkes kämpften, wie Scharnhorst, Blücher und Gneisenau, und die unvergeßlichen Führer der deutschen Arbeiterklasse Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, die ihr Leben für die Befreiung des werktätigen Volkes vom kapitalistischen Joch gaben.“⁵⁶⁾

In der Tat sind in der „Nationalen Volksarmee“, deren Name schon auf 1813/14 verweist, alte deutsche Militärtraditionen eingeführt worden. So gleicht das Feldgrau der NVA-Uniform dem Steingrau preußischer Uniformen 1813/14. Der bei Paraden und Wachablösungen vor Karl Friedrich Schinkels „Neuer Wache“ in Ost-Berlin vorgeführte „Stechschritt“ ist preußische Tradition, Teile der Militärmusik und des zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung 1979 neu komponierten „Großen Zapfenstreichs“ sind preußische Märsche. Der höchste Militärorden, der 1966 gestiftet wurde, ist nach Gerhard von Scharnhorst benannt. Für NVA-Kulturarbeit gibt es den Theodor-Körner-Preis. Mehrteilige Filme über Gerhard von Scharnhorst und Carl von Clausewitz, 1978 und 1980 vom Adlershofer Fernsehen ausgestrahlt, lange Gedenkartikel in Zeitungen und Zeitschriften zum 220. und 200. Geburtstag beider Generäle 1980, die Einrichtung von Gedenkstätten, so für Neidhardt von Gneisenau 1979 in seiner Geburtsstadt Schildau, die Benennung von Regimentern und Kasernen nach preußischen Offizieren: das alles mag befremdend wirken, zeigt aber auch, wie ausgeprägt das Traditionsbedürfnis der SED-Politiker, nicht unbedingt auch der DDR-Bevölkerung, ist.

In den sechziger und frühen siebziger Jahren ist diese national akzentuierte Geschichtsauffassung mit Rückblick auf Preußen in mehrere an Schulen und Hochschulen benutzte Standardwerke eingegangen, die aber heute, zumindest was die preußische Geschichte betrifft,

⁵⁶⁾ Zitiert nach: Fritz Kopp, Preußen und die SED, in: Harald von Koenigswald, Besinnung auf Preußen, Oldenburg 1964, S. 129—142 (Zitat S. 139/40).

durch Ingrid Mittenzweis Aufsatz 1979 „Die zwei Gesichter Preußens“⁵⁷⁾ weitgehend überholt sind. Dazu gehören die beiden ersten Bände „Von den Anfängen bis 1789“ (Berlin 1965) und „Von 1789 bis 1917“ (Berlin 1965) einer dreibändigen „Deutschen Geschichte“, erstellt von einem neunzehnköpfigen Autorenkollektiv unter Leitung des wissenschaftlichen Sekretärs Joachim Streisand. Wichtig für das Thema „Preußen“ ist hier der Zehnte Abschnitt, bearbeitet von Gerhard Schilfert: „Deutschland von 1648 bis 1789“ und hier wiederum das dritte Kapitel, das auch von Preußen handelt. So war die Politik preußischer Kurfürsten und Könige allein auf Länderraub und Machtgier abgestellt, wofür innenpolitisch die „Junkerherrschaft“ und außenpolitisch der „Militarismus“ verfügbar waren. Zum preußischen Königtum heißt es: „Dieses System, dem das gesamte Leben des Volkes unterworfen war, diente lediglich der Erhaltung und Festigung der Junkerherrschaft. Auf eine nationale Notwendigkeit konnte es sich nicht berufen ... Friedrich II. setzte nicht nur die politische Praxis seines Vaters fort, er übersteigerte sogar dessen militärischen Despotismus im Sinne des kriegerischen Junkertums ... Nicht nur der Gesamtcharakter des preußischen Staates, sondern auch die Regierungsweise Friedrichs trug einen den Zielen der Aufklärung feindlichen Charakter; denn beide waren Ausdruck des Strebens der niedergehenden Feudalklasse, ihre Machtstellung mit den stärksten Mitteln zu behaupten. Das Aufgeklärte an Friedrichs II. militaristisch-bürokratischem Despotismus läßt sich mit einer schönen Fassade vergleichen ...“⁵⁸⁾ Im zweiten Band liest man, um auch Positives zu erwähnen, vom „gesamtdeutschen Charakter des Befreiungskampfes“⁵⁹⁾.

Wichtig sind weiterhin das „Biographische Lexikon zur deutschen Geschichte. Von den Anfängen bis 1945“ (Berlin 1970), das allein sieben preußische Friedrichs verzeichnet, der von Ernst Diehl edierte Sammelband „Klassenkampf, Tradition, Sozialismus“ (Berlin 1974) und Joachim Streisands „Deutsche Geschichte in einem Band“ (Berlin 1974). Zur preußischen

⁵⁷⁾ Ingrid Mittenzwei, Die zwei Gesichter Preußens, in: „Forum“ 19/1978.

⁵⁸⁾ Joachim Streisand, Deutsche Geschichte, Band 1, Berlin 1965, S. 720 f.

⁵⁹⁾ Joachim Streisand, a. a. O., Band 2, S. 127.

Geschichte gibt es in dieser Zeit zwei gesonderte Veröffentlichungen: Heinz Kathes Biographie „Der ‚Soldatenkönig‘. Friedrich Wilhelm I. 1688—1740. König in Preußen“ (Berlin 1976), die der „Auseinandersetzung mit dem reaktionären Preußentum und dem preußischen Militarismus“⁶⁰⁾ dient, und die dreihundert Seiten umfassende Darstellung „Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung“ (Berlin 1970) von Günter Vogler und Klaus Vetter. Die Verfasser berichten in sieben Kapiteln von der Entstehung des Staates Brandenburg-Preußen bis zu seinem Aufgehen im Kaiserreich 1871. An den Anfang stellen sie eine Betrachtung über „Königsberg 1701 und Versailles 1871“, worin sie feststellen, daß das preußische Königtum und das deutsche Kaisertum im Ausland begründet wurden, nämlich im Herzogtum (Ost-)Preußen und im besiegten Frankreich. In seiner Diktion unterscheidet sich dieses Buch kaum von den Preußen-Kapiteln in der dreibändigen „Deutschen Geschichte“ Joachim Streisands: „Denn der volksfeindliche und expansive Militarismus und die sich herausbildenden Züge des reaktionären Preußentums waren die größten Hindernisse, die einer Gesundung der sozialen und politischen Struktur im Wege standen. Aber gerade in diesem Militarismus und diesem Preußentum sah die herrschende Klasse die Garantien für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele.“⁶¹⁾

Auch hier wird Preußen, das seit den polnischen Teilungen 1772/95 ein deutsch-slawischer Staat war, mit einer „nationalen Sendung“⁶²⁾ ausgestattet, die es nicht übernehmen konnte und wollte. Fast hat man den Eindruck, als würden hier der Gegenwart entnommene Kriterien auf die preußische Geschichte übertragen. Die Ambivalenz der Argumentation wird besonders deutlich dort, wo die Autoren schwanken, ob sie die preußische Niederlage 1806 aus postumem Patriotismus bedauern oder aber aus Bewunderung für das revolutionäre Frankreich von 1789 begrüßen sollen: „Rühmliche Ausnahmen bildeten nur wenige Festungen, so Kosel in Schlesien, Graudenz in

⁶⁰⁾ Hannelore Lehmann, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4/1978, S. 356.

⁶²⁾ Günter Vogler/Klaus Vetter, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, Berlin 1970/Köln 1980, S. 116.

⁶¹⁾ Ebenda, S. 289.

Westpreußen und Kolberg in Pommern. Die Kapitulation der Festungen schloß sich folgerichtig an das schmachvolle Kapitel preußischer Geschichte an, das mit der Niederlage von Jena und Auerstedt eingeleitet worden war.“⁶³⁾ Die Kennzeichnung „schmachvoll“ klingt verräterisch. Hier scheint die Festungsmentalität des eingemauerten SED-Staates zum Kriterium der Geschichtsschreibung geworden zu sein.

Das abschließende Kapitel Günter Voglers und Klaus Veters über den Sinn preußischer Geschichte, das auch noch in der Auflage von 1980 unverändert wiedergegeben ist, klingt kaum weniger negativ als die Verdikte, die schon vor dem Ersten Weltkrieg geäußert wurden: „Der Militärdespotismus war und blieb das Charakteristikum, das die Kontinuität der Entwicklung vom altpreußischen Staat zum preußisch-deutschen Reich erkennen ließ. Mit seiner Hilfe hatten die Hohenzollern ihre Territorialmacht aufgebaut und durch Raubpolitik erweitert, mit seiner Hilfe hatte die herrschende Klasse in diesem Staate ihre Machtpositionen gefestigt und verteidigt, mit seiner Hilfe errichtete sie das Reaktionsregime gegen alle revolutionären und demokratischen Bewegungen, und mit seiner Hilfe schlug sie die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland ebenso wie die nationalen Bewegungen in anderen Ländern blutig nieder.“⁶⁴⁾

So findet man also im ersten Jahrzehnt nach dem Amtsantritt Erich Honeckers 1971 die merkwürdige Situation vor, daß zwei marxistische Preußen-Bilder nebeneinander existieren: das eine von Günter Vogler und Klaus Vetter, das auf der These von den „zwei Klassenlinien“ in der deutschen und preußischen Geschichte basiert, und ein „progressives“ (Reformpolitik 1807/08; Befreiungskriege 1813/14; preußische Arbeiterbewegung nach 1848) wie ein „reaktionäres“ (18. Jahrhundert; Restaurationsperiode 1815/48; Kaiserreich) Preußen kennt — und das andere von Ingrid Mittenzwei, die das friderizianische Zeitalter bevorzugt, dabei genaue Quellenforschung treibt und zugleich nicht nur die „bürgerlich-reaktionäre“ Preußen-Legende zerstört, sondern die sozialistische noch dazu.

⁶³⁾ Ebenda, S. 139.

⁶⁴⁾ Ebenda, S. 289.

Das neue Preußen-Bild Ingrid Mittenzwei, das 1978/81 in drei Aufsätzen⁶⁵⁾, zwei Büchern⁶⁶⁾ und einem Interview⁶⁷⁾ vorgestellt wurde, konnte freilich erst dann erarbeitet werden, als Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag 1971 die These von der „sozialistischen Nation“⁶⁸⁾, die sich auf DDR-Boden entwickelt hätte, verkündet hatte. Damit nämlich war nicht nur die aus den fünfziger Jahren stammende Zwei-Staaten-Theorie durch eine Zwei-Nationen-Theorie ersetzt worden, darin steckte auch die Absage an eine kurzfristig erreichbare Wiedervereinigung nach sozialistischem Muster und die Suche nach historischen Traditionen, die den SED-Staat auf eine breitere Basis stellten, als sie die ideologischen Hilfskonstruktionen „revolutionär“ und „progressiv“ bieten konnten: „Im Ergebnis des Raubkrieges des faschistischen deutschen Imperialismus ist das frühere Deutsche Reich in Feuer und Blut untergegangen. Damit hat die deutsche Großbourgeoisie endgültig das Recht auf die Führung der Nation verwirkt. Nur die Arbeiterklasse war berufen, die Nation auf demokratischer Grundlage zu erneuern und ihre Einheit in einem antifaschistisch-demokratischen Staat zu gewährleisten. Das deutsche Monopolkapital vollendete seinen nationalen Verrat, indem es im Interesse der Rettung und Wiederherstellung seiner eigenen Klassenherrschaft Deutschland und das deutsche Volk spaltete. Es bildete den westdeutschen Separatstaat...“⁶⁹⁾

Von einem Dualismus zwischen beiden deutschen Staaten kann man, zumindest in der Theorie, kaum noch sprechen: Die Bundesrepublik Deutschland als Staat des Großbürgertums, das sich durch zwei Jahrhunderte „als der schlimmste Feind der Nation“⁷⁰⁾ erwiesen

65) Ingrid Mittenzwei, Die zwei Gesichter Preußens, in: „Forum“ 19/1978; mit Horst Bartel und Walter Schmidt, Preußen und die deutsche Geschichte, in: „Einheit“ 6/1979, S. 637—646; „Statt sich kritisch abzugrenzen, schreibt man die Historie um“, in: „Journal für Geschichte“ 7/1981, gekürzt in: „Frankfurter Rundschau“ vom 23. Juli 1981.

66) Ingrid Mittenzwei, Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin 1979; Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik, Berlin 1979.

67) Ingrid Mittenzwei, Preußen: Entdeckungen und Legenden, in: „Sonntag“ 31/1979.

68) Erich Honecker, Reden und Aufsätze, Band 3, Berlin 1976, S. 262.

69) Erich Honecker, a. a. O., Band 1, S. 156 f.

70) Ebenda.

habe, gilt, auf solche Art aus der tausendjährigen Nationalgeschichte verstoßen, kaum noch als diskussionswürdig. Fest den Blick auf die sozialistische Zukunft gerichtet, wird das DDR-Volk „mit einer durchgängigen revolutionären Tradition“⁷¹⁾ umhüllt, von deren Höhen herab es den westdeutschen Verwandten nicht mehr wahrnehmen kann: „Die DDR ist heute die staatliche Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte ... In der sozialistischen Nationalkultur unserer Republik lebt all das fort und erfährt eine neue Blüte, was in früherer Zeit an kulturellen Schätzen geschaffen wurde. Von der Geschichte, der Kultur und der Sprache werden wir nichts preisgeben, was es an Positivem zu erhalten und zu pflegen gibt, was den humanistischen und den revolutionären Traditionen entspricht.“⁷²⁾

Diese im ganzen „sozialistischen Lager“ einmalige Position, die nur aus der besonderen Situation des SED-Staates, dessen Bevölkerung eben keine Nation, sondern nur ein Teil davon ist, erklärt werden kann, schuf die Voraussetzungen für die Ausweitung der Preußen-Rezeption durch Ingrid Mittenzwei. Die Biographie der Verfasserin, die heute die Abteilung „Deutsche Geschichte von 1648 bis 1789“ an der „Akademie der Wissenschaften“ leitet, macht deutlich, daß hier keine Außenseiterin Wissenschaftspolitik auf eigene Gefahr betreibt: Sie hat von 1951 bis 1956 in Leningrad Geschichte studiert und war dann mehrere Jahre Assistentin an der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“. Ihr Aufsatz „Die zwei Gesichter Preußens“, 1978 in der FDJ-Zeitschrift „Forum“ gedruckt, ist die vorsichtige Revision des bisher gepflegten Preußen-Bildes und eine Annäherung an nichtrevolutionäre Traditionen. Wenn sie einleitend bemerkt: „Preußen ist Teil unserer Geschichte, nicht nur Weimar. Ein Volk kann sich seine Traditionen nicht aussuchen...“⁷³⁾, so widerspricht sie damit, wenn auch verhüllt, der Kernthese des DDR-Selbstverständnisses, daß immer nur das „Progressive“ erinnerenswert sei. Überhaupt sei, so fährt sie fort, die Traditionsbildung ein weit diffizilerer Prozeß,

71) Friedrich-Ebert-Stiftung, Das Preußenbild der DDR im Wandel, Bonn 1981, S. 31.

72) Erich Honecker, a. a. O., Band 2, S. 241.

73) Ingrid Mittenzwei, Die zwei Gesichter Preußens, a. a. O.

als bisher angenommen, weil es nämlich nicht nur die Geschichte der herrschenden und unterdrückten Klasse gäbe, sondern Übergänge mit austauschbaren Attributen: „Es gibt jedoch nicht nur ‚Sternstunden‘ in der Geschichte eines Volkes, nicht nur Empörung, sondern auch Unterwerfung, nicht nur ‚Weimar‘, sondern auch Preußen, nicht nur das Volk, sondern auch die herrschende Klasse ... Ja, Preußen war Reaktion, war Militarismus, war Aggressionsbereitschaft, oder — besser gesagt — war es auch ... Preußen verkörperte im Ringen um die Zuendeführung der bürgerlichen Umwälzung und die nationale Einigung die antirevolutionäre, undemokratische Alternative ... Doch selbst in der wilhelminischen Ära gab es nicht nur Junker und Bourgeois, die sich zu Imperialisten preußisch-deutscher Prägung mauserten, sondern auch eine revolutionäre Arbeiterklasse und Demokraten.“⁷⁴⁾

Ohne die Namen der drei Klassiker marxistischer Geschichtsschreibung zu nennen, bemängelt sie doch, daß „Unser Blick auf Preußen ... lange Zeit durch die Polemik, die die revolutionäre Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert mit dem reaktionären Preußen führen mußte, verstellt“⁷⁵⁾ gewesen sei. Für die Notwendigkeit, nunmehr ein differenzierteres Urteil über Preußen abzugeben, führt sie zwei Gründe an: die „steinernen Zeugen preußischer Geschichte. Rechts und links der Linden, der geschichtsträchtigen Straße Berlins ... Was so viele Spuren bis in unsere Gegenwart hinterließ, und seien sie auch nur aus Stein, bedarf der Erklärung, soll nicht Verwirrung aufkommen...“⁷⁶⁾; und dann natürlich

die „Neuaufgabe des Preußen-Kults und der Friedrich-Verehrung“⁷⁷⁾ hierzulande, die „eindeutig reaktionär motiviert“⁷⁸⁾ sei.

Gegen Ende ihrer Ausführungen macht die Autorin ein merkwürdiges Eingeständnis: „Das allein aber war nicht Preußen, ebenso wie Sachsen mehr war als August der Starke. Die Geschichte eines Staates, und sei es die eines Territorialstaates, wie ihn die deutsche Geschichte hervorgebracht hat, läßt sich nicht mit der Entwicklung der herrschenden Klasse identifizieren. Und selbst die herrschende Klasse in solchen Staaten war nicht zu allen Zeiten nur reaktionär.“⁷⁹⁾ Hier wird offensichtlich ein Geschichtsbegriff verworfen, für den Geschichte nur das Treiben der Herrscherhäuser ist; von der Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten wird, im Jahr des 30. DDR-Gebohrtsstags, nicht gesprochen, woraus man auf die Virulenz alter Denkgewohnheiten bei der DDR-Bevölkerung schließen kann.

In einem für die SED-Zeitschrift „Einheit“ gemeinsam mit Horst Bartel und Walter Schmidt verfaßten Aufsatz „Preußen und die deutsche Geschichte“ werden die „Forum“-Thesen mit dem Anstrich der parteioffiziellen Verlautbarung versehen, wobei der „ideologische Klassenkampf gegen den Imperialismus in der Gegenwart“⁸⁰⁾, gemeint ist die Preußen-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, stärker betont wird. Das geschieht gleichfalls in einem Interview mit der Ostberliner Wochenzeitung „Sonntag“, wo der angebliche Versuch von SPD-Politikern, mit der Preußen-Diskussion die „nationale Frage“⁸¹⁾ offenzuhalten, zurückgewiesen wird.

Ingrid Mittenzweis Preußen-Revision

Ingrid Mittenzweis Biographie über Friedrich den Großen, die bei Historikern beider deutscher Staaten Anerkennung gefunden hat⁸²⁾, ist — neben ihrem zweiten Buch über die Folgen des Siebenjährigen Krieges — die Verwirklichung der in den genannten Aufsätzen aufgestellten Forderung nach einem erweiterten Preußen-Bild. Dazu heißt es in einer 1980 veröffentlichten Rezension Klaus Vettters: „Die

erste marxistisch-leninistische Biographie Friedrichs II. läßt dem Preußenkönig Gerechtigkeit widerfahren, indem sie seine Persönlichkeit von den durch die borussophile Historiographie des 19. Jahrhunderts begründeten und von der bürgerlichen Geschichtsschrei-

⁷⁷⁾ Ebenda.

⁷⁸⁾ Ebenda.

⁷⁹⁾ Ebenda.

⁸⁰⁾ Ingrid Mittenzwei, Preußen und die deutsche Geschichte, a. a. O., S. 646.

⁸¹⁾ Ingrid Mittenzwei, Preußen: Entdeckungen und Legenden, a. a. O.

⁸²⁾ So bei Eckart Förtsch und Heinz Kathe.

⁵²⁾ ⁷⁴⁾ Ebenda.

⁵³⁾ ⁷⁵⁾ Ebenda.

⁵⁶⁾ ⁷⁶⁾ Ebenda.

bung und -publizistik bis in die Gegenwart gepflegten Hohenzollernlegenden befreit.“⁸³⁾

Daß die Autorin Quellenforschung betreibt, in diesem Fall also nicht die sozialistische Preußen-Legende auf den neusten Stand bringt, sondern die Schriften Friedrichs selbst und die Urteile der Zeitgenossen über sein Wirken interpretiert, ist ihr, gerade auch von „bürgerlichen“ Kollegen, hoch angerechnet worden⁸⁴⁾. In streng chronologischer Abfolge berichtet sie über die Kindheit und Jugend des Kronprinzen, wo die Wurzeln für sein späteres Verhalten zu finden sind: „Die grausame Lektion hatte Friedrich endgültig gelehrt, daß er sich unterwerfen mußte. War er bis dahin ein junger Mann, der seine Individualität gegenüber dem autoritären Vater offen verteidigte, so begann er jetzt zu heucheln. Gehorsam mimend, versuchte er, den König zu hintergehen, mit List und Falschheit gegen ihn anzukommen. Das schreckliche Erlebnis seiner Jugend deformierte ihn und brachte Charaktereigenschaften zur Entfaltung, die später jedermann auffielen: Zynismus und Menschenverachtung.“⁸⁵⁾ Die Verfasserin berichtet weiterhin, in sachlich-nüchterner Sprache, über das Jahr der Machtübernahme 1740 und, auf einem Viertel des Buchumfangs, über die beiden schlesischen Kriege, die Zwischenkriegszeit und den Siebenjährigen Krieg; weitere Kapitel sind den „Krisenjahren in Preußen“, dem Verhältnis „Preußen und Österreich“ und dem „aufgeklärten Absolutismus“ Friedrichs gewidmet; auch seine Außen- und Innenpolitik nehmen breiten Raum ein; das Urteil über das Persönlichkeitsbild wirkt ausgewogen, wiewohl distanziert; weder kritiklose Verehrung noch schmähende Karikatur wird geboten: „Friedrich II. war zweifellos eine widersprüchliche Persönlichkeit. Klug und geistreich bis zum Sarkasmus auf der einen und konservativ und reaktionär selbst im Denken auf der anderen Seite. Voller Achtung und Güte für seine Freunde das eine und von bitterer Menschenverachtung das andere Mal. Wo er heute heuchelte, konnte er morgen zum Wahrheitsapostel aufsteigen. Obwohl auf seinen Ruhm und seine Reputation bedacht, tat er alles, um

⁸³⁾ Klaus Vetter, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 7/1980, S. 674.

⁸⁴⁾ So der Kölner Historiker Theodor Schieder.

⁸⁵⁾ Ingrid Mittenzwei, a. a. O., S. 21.

selbst in den Augen seiner Bundesgenossen zum unzuverlässigsten Partner in Europa zu werden.“⁸⁶⁾

Auch Friedrichs Selbstverständnis, ausgedrückt in dem oft zitierten Kernsatz, er wolle der „erste Diener“ seines Staates sein, wird nicht als pure Heuchelei betrachtet, sondern als staatsmännische Einsicht akzeptiert: „Das waren zwar nicht für die Ideologen, aber für einen Herrscher neue Töne, die Illusionen weckten. Friedrich meinte sie auch durchaus ernst. Später, als König, sprach er wiederholt vom Fürsten als dem ersten Diener des Staates. Um diese These richtig zu verstehen, muß man jedoch berücksichtigen, daß sie von einem unmündigen Volk ausging, das über sein Schicksal nicht selbst entscheiden konnte. Wie den Untertanen zu ‚dienen‘ war, das wußte allein der selbst regierende Fürst. Er entschied über Wohl und Wehe, über Krieg und Frieden. Sein Volk ‚glücklich‘ zu machen, darin gipfelte die ganz in diesem Sinne zu verstehende Forderung des jungen Fürsten.“⁸⁷⁾

Solche bisher ungewohnten Differenzierungen sind das nicht zu übersehende Prinzip des Buches, das dennoch als marxistischer Beitrag zur Geschichtserforschung gewertet werden will. So gibt es abweichende Urteile zur Aufhebung der Leibeigenschaft, zur Praxis des Staats- und Strafrechts, zur Pressefreiheit, zur Binnenkolonisation, zum Manufakturwesen. In den Schlußbetrachtungen „Friedrich II. und die Nachwelt“ (S. 206—212) wiederum werden die innenpolitischen Reformversuche aus der Zugehörigkeit Friedrichs zur Feudalklasse erklärt: „Ein Mann des Adels, der kurz vor der Zeitenwende der Französischen Revolution starb, der zwar Impulse des neu heraufkommenden Zeitalters empfing und auf sie reagierte, indem er sein zurückgebliebenes Land den neuen Verhältnissen anzupassen suchte, der aber gleichzeitig — an die Bedingungen seiner Klasse und seines Landes gekettet — Dämme gegen die neue Gesellschaft errichtete.“⁸⁸⁾

In diesen Schlußbetrachtungen wird freilich auch deutlich, daß Ingrid Mittenzwei nicht gegen einen verachtenswerten Machtpolitiker des 18. Jahrhunderts anschreibt, sondern ge-

⁸⁶⁾ Ebenda, S. 49 f.

⁸⁷⁾ Ebenda, S. 32.

⁸⁸⁾ Ebenda, S. 206.

gen die nach seinem Tod entstandene Fridericus-Rex-Legende: „Trotzdem wäre die Gestalt des Preußenkönigs sicher früher oder später im Sog der Jahrzehnte versunken, hätte es nicht Ideologen und Politiker gegeben, die seiner bedurften. Was ursprünglich ein spontanes Erinnern an die Vergangenheit war, wuchs sich mit zunehmendem Abstand zu regelrechten Geschichtslegenden aus. Die Herrschenden brauchten wie stets zur Bewältigung gegenwärtiger Aufgaben eine historische Legitimation.“⁸⁹⁾

Es versteht sich, daß die Autorin, durch ihr fundiertes Werk abgesichert, nun auch die Preußen-Forschung hierzulande, wo angeblich neue Preußen-Legenden entstanden sind, angreift. In einem Beitrag für das Juli-Heft 1981 des Braunschweiger „Journals für Geschichte“ bezweifelt sie zunächst, daß die westdeutsche

Preußen und die Folgen

Verglichen mit Ingrid Mittenzweis Untersuchungen ist das marxistische Preußen-Bild in der DDR noch immer nicht auf der Höhe des „historischen Materialismus“. Mitunter reizen Lexikon-Artikel wie der zum Stichwort „Preußen“ in „Meyers Neuem Lexikon“ (1975) zur Heiterkeit, wenn die alten Pruzzen als „einheimische slawische Bevölkerung“⁹³⁾ bezeichnet werden oder der Friede von Thorn 1466 als „Toruner Friede“⁹⁴⁾ auftaucht. Gedenkartikel in Zeitungen sind, wenn von preußisch-russischen Beziehungen gesprochen wird, oft slawophil inspiriert. So heißt es 1981 im „Neuen Deutschland“ zum 150. Geburtstag Karl vom Steins: „Er wußte, Hilfe für die Befreiung Deutschlands konnte nur von Rußland kommen“⁹⁵⁾, wobei verschwiegen wird, daß im Zarenreich weit bedrückendere Verhältnisse herrschten als im Reformpreußen von 1813.

⁸⁹⁾ Ebenda, S. 208.

⁹⁰⁾ Zitiert aus: Frankfurter Rundschau vom 23. Juli 1981.

⁹¹⁾ Ebenda.

⁹²⁾ Ebenda.

⁹³⁾ Meyers Neues Lexikon, Leipzig 1875, Band 11, S. 160.

⁹⁴⁾ Ebenda, S. 161.

⁹⁵⁾ Arno Pokiser, Ein demokratischer Reformpreußen, in: „Neues Deutschland“ vom 27. Juni 1981.

Preußen-Rezeption nur „Interesse an der Historie“⁹⁰⁾ ausdrücke, vielmehr sollte sie auch als „Ausdruck bestimmter politischer Bedürfnisse“⁹¹⁾ gewertet werden. Womit gemeint ist, daß mit Preußen die „deutsche Frage“ offengehalten werden solle. In den Veröffentlichungen seit 1977 macht sie dann zwei Tendenzen aus, für die, neben vielen anderen, die Preußen-Bücher Sebastian Haffners „Preußen ohne Legende“ (Taschenbuch-Ausgabe 1981) auf der einen und Bernt Engelmanns „Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ (Taschenbuch-Ausgabe 1981) auf der anderen Seite stehen. Während Sebastian Haffner und Kollegen gerügt werden, weil sie „Preußen vom Ludergeruch des Militarismus“⁹²⁾ befreien wollen, werden Bernt Engelmann und Kollegen mit Einschränkung gelobt, weil sie nicht nur über die Herrscher schrieben, sondern „Land und Leute“ einbezögen.

Daß man sich auf sozialistischer Seite der preußischen Geschichte zu stellen hat und warum, ist von Ingrid Mittenzwei unmißverständlich ausgesprochen worden. Was nicht erwähnt, auf DDR-Seite vielleicht nicht einmal erkannt oder aber bestritten wird, kann hier nur angedeutet werden: die auf vielen Gebieten zu beobachtende Affinität zwischen Altpreußen und „Rotpreußen“. Fast könnte man meinen, im SED-Staat habe Friedrich der Große sein politisches Ziel, die Einverleibung Mecklenburgs und Sachsens, doch noch erreicht, wobei noch Thüringen draufgeschlagen wurde. Das preußische Kernland liegt ohnehin auf DDR-Boden, und die Abtretung der Ostprovinzen 1945 diene, wie man heute weiß, auch der Zerstückelung Preußens.

Die Ost-Berliner „Akademie der Wissenschaften“ ist nicht zufällig als unmittelbare Nachfolgerin der von Gottfried Wilhelm Leibniz (1646—1716) am 11. Juli 1700 gegründeten „Kurfürstlich-Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften“ ausgewiesen, die später in „Preußische Akademie der Wissenschaften“ umbenannt wurde. Als wirksamste „Provokation“ zur Annahme des preußischen Erbes dürften aber die „steinernen Zeugen“ gelten, die jeder Berliner täglich vor Augen hat: die Bauten und Denkmäler Andreas Schlüters

(1660—1714), Georg Wenzeslaus von Knobelsdorffs (1699—1753), Johann Gottfried Schadows (1764—1850) und seines Schülers Christian Daniel Rauch (1781—1841).

Allerdings ist zu beobachten, daß die marxistische Integration preußischer Traditionen im Geschichtsbild der DDR-Bürger so tief noch nicht verankert ist, daß sie nicht erschüttert werden könnte. So wurde die West-Berliner Ausstellung „Preußen — Versuch einer Bilanz“ als unerhörtes Unterfangen betrachtet, auf diesen Prozeß der „Umerziehung“ störend einzuwirken. Die schrille Reaktion auf Dietrich Stobbes Vereinnahmung preußischen Erbes in der westlichen DKP- und SEW-Presse⁹⁶⁾ bedarf keines Kommentars.

Doch dabei blieb es nicht allein: Am 21. Juli 1981, knapp vier Wochen vor dem West-Berliner Unternehmen, wurde im Ost-Berliner „Museum für Deutsche Geschichte“ eine Gegenausstellung eröffnet, die, wie Politbüromitglied Kurt Hager erklärte, „unser marxistisch-leninistisches Verhältnis zur ganzen deutschen Geschichte“⁹⁷⁾ darstellen sollte. Daß dabei Preußen und seine Ausstrahlungskraft bis in das Selbstverständnis einer „sozialistischen Nation“ hinein auch angesprochen war, ist einleuchtend.

Was aber bedeutet „Preußen“ noch für die Geschichtsideologie und den SED-Staat überhaupt, jenseits der offiziellen Traditionssuche? Wo liegen die tatsächlichen Wurzeln dieses Eintauchens ins 18. Jahrhundert? Dafür gibt es sicher mehrere Gründe, deren einer zu sein scheint, daß die verquere These einer „sozialistischen Nation“, trotz aller dialektischen Definitionskünste, beim Mann auf der Straße nicht verfängt. Anders ausgedrückt: Die marxistisch aufbereitete Geschichte des deutschen Volkes — was ja immer deutsche Geschichte aus der Perspektive einer verschwindend kleinen Minderheit, der KPD/SED ist — ergibt, trotz revolutionärer Strömungen und oppositioneller Stimmungen, zum Beispiel in der Weimarer Klassik oder bei den deutschen Jakobinern, eine immer noch zu schmale Argumentationsbasis, als daß daraus ein „sozialistisches Nationalbewußtsein“ entstünde. Die

beiden Aufsätze Walter Schmidts⁹⁸⁾ über das historische Erbe in der DDR-Landesgeschichte (Sachsens, Thüringens, Mecklenburgs) zeigen, daß man, wo die Staatengeschichte versagt, wenigstens auf regionaler Ebene diese Basis erweitern will.

Zwingend notwendig wird das alles durch die von Erich Honecker seit 1971 betriebene „Abgrenzungspolitik“; auch hier könnte preußische Geschichte Argumente liefern und historische Identität schaffen. Denn Preußen war, was die DDR ist und bleiben wird: ein „Kunststaat“ (Christian Graf von Krockow), entstanden nicht einmal aus eigener Kraft, sondern aus Laune oder Berechnung einer Siegermacht. Wenn im Westen die Berufung auf Preußen den Wiedervereinigungsgedanken fördern soll, so könnte sich der Osten (er tut es nicht *expressis verbis*) darauf berufen, daß Preußen ein Separatstaat war (Karl Marx sprach von einem „außerdeutschen Staat“), Konkurrent Habsburgs und schließlich sein Erbe. Preußen als politisches Programm hieße dann: Absage an Gesamtdeutschland. Pathetisch ausgedrückt: Der traditionslose SED-Staat und das separatistische Preußen reichen sich über Jahrhunderte und Klassenschranken hinweg die Hand zum Bruderbund, um jedem Nationalstaatsgedanken abzuschwören.

Weitere Gemeinsamkeiten lassen sich finden: Die autoritären Staatsstrukturen Altpreußens und SED-Preußens tragen verwandte Züge: Disziplin, Fleiß, Sparsamkeit, Gehorsam, Bescheidenheit, Ordnungswille, Verständnis dafür, daß der Staat Aktionen unternimmt, die unverständlich sind — alle diese Tugenden sind erwünscht zwischen Ostsee und Thüringer Wald. Nicht das Volk herrscht, sondern der aufgeklärte Monarch oder das unaufgeklärte Politbüro.

Oswald Spengler hat das Jahr 1945 und die deutsche Zweistaatlichkeit nicht voraussehen können, dennoch finden sich in seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“ (1922) seltsam hellsichtige Gedanken: Preußentum und Sozialismus hätten nie ihre illiberalen Traditionen aufgegeben, beider autoritär gestimmter Staatsgedanke sei miteinander verwandt.

⁹⁶⁾ Vergleiche besonders die Folge „Die Buchkritik zum Thema Preußen“ (bisher zehn Teile), in: „Wahrheit“ vom 8. August bis 10. Oktober 1981.

⁹⁷⁾ „Neues Deutschland“ vom 22. Juli 1981.

⁹⁸⁾ Walter Schmidt, „Das Gewesene ist nie erledigt“, in: Sonntag 27/1981, und „Nationalgeschichte der DDR und das territorialstaatliche historische Erbe“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5/1981, S. 399/404.

Rudolf von Thadden: Preußen — Ein Weg in die Moderne?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52—53/81, S. 3—11

Die zentrale These des Beitrags besteht in der Aussage, daß Preußen mehr als ein ‚Ancien régime‘ der Deutschen ist. Trotz aller noch im 19. und 20. Jahrhundert gegebenen feudalen Züge der Gesellschaft in Preußen hat der Hohenzollernstaat in wichtigen Bereichen Wege in die moderne Welt bereitet, die auch heute noch Bedeutung haben. Dies zeigte sich im Lauf der Geschichte vor allem in konkreten Alternativen:

- a) zu Österreich in der Frage der Begründung der nationalen Einheit Deutschlands;
- b) zu Polen in der Frage des Aufbaus einer modernen Staatlichkeit;
- c) zu Frankreich in dem freilich problematischen Versuch, ohne Revolution und Demokratie einen modernen Industriestaat aufzubauen.

Entsprechend war Preußen — nach den Worten Tocquevilles — eine Mischung von „modernem Kopf“ und „altfränkischem Rumpf“.

Weil Preußen nicht einfach das ‚Ancien régime‘ der Deutschen ist, ist es auch heute nicht nur Gegenstand einer romantischen Sehnsucht. Vielmehr weist das Interesse an seiner Geschichte auf bestimmte Defizite in der Landschaft unserer heutigen Konsumgesellschaft hin. Vor allem die Sucht nach einer historisch begründeten Identität der Deutschen und ein Verlangen nach einer weiterführenden Orientierung der an ihre ‚Grenzen stoßenden‘ modernen deutschen Industriegesellschaft scheinen den Hintergrund für das gegenwärtige Preußen-Interesse zu bilden.

Als wichtigstes Ergebnis der zahlreichen Preußen-Diskussionen im zurückliegenden Jahr will dem Verfasser die Begegnung von Fachhistorie und Öffentlichkeit erscheinen. Sie sollte die aktuelle Preußen-Diskussion überdauern.

Wolfgang Wippermann: Nationalsozialismus und Preußentum

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52—53, S. 13—22

Die Nationalsozialisten haben von Anfang an versucht, sich als Erben Preußens und als Verkörperung des Preußentums auszugeben. Auf diese Weise haben sie vor 1933 den inneren Zusammenhalt der Partei und die Anziehungskraft auf ‚preußisch‘ gesonnene bürgerliche Kreise erhöht. Die ideologische Adaption des ‚preußischen Beispiels‘ hat dann im Dritten Reich zu seiner inneren Festigung beigetragen. Nachdem sich das Kriegsglück von Hitler abgewandt hatte, diente die Berufung auf Preußen im allgemeinen und auf Friedrich den Großen im besonderen als sogenannte Durchhaltepropaganda.

Neben den Nationalsozialisten hatten sich jedoch auch die bürgerlichen Parteien und selbst die SPD und KPD der Weimarer Republik auf bestimmte Erscheinungen und Epochen Preußens berufen. Besonders intensiv haben sich einige Mitglieder der bürgerlich-militärischen Kreise des deutschen Widerstandes an dem „wahren Preußen“ orientiert. Diese völlig konträre Auslegung war deshalb möglich, weil der Begriff des Preußentums inhaltlich nie geklärt worden ist und sehr unterschiedliche, ja ambivalente Erscheinungen umfaßte. Je mehr sich nämlich Preußen historisch veränderte und je mehr es in Deutschland aufging, um so mehr wurde das Preußentum verherrlicht und verdammt zugleich.

Die Nationalsozialisten haben dann die Janusköpfigkeit Preußens und die Ambivalenz des Preußentums für ihre propagandistischen Zwecke ausnützen können, obwohl es keine stringenten und ungebrochenen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Preußen und dem Dritten Reich gab und obwohl wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht mit der Berufung auf das preußische Beispiel zu legitimieren waren. Dies gilt vor allem für den rassenideologischen Kern des nationalsozialistischen Programms. Dennoch haben viele Deutsche den Nationalsozialisten geglaubt, daß es ihnen um die Verwirklichung des Preußentums ginge.

Während also die realhistorischen Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Preußentum kaum vorhanden sind, gibt es gerade im ideologischen und im sozialpsychologischen Bereich Verbindungslinien zwischen dem nationalsozialistischen und dem ‚preußischen‘ autoritären Charakter.

Jörg Bernhard Bilke: Preußentum und DDR-Sozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52—53/81, S. 23—37

Das Bild Preußens, seiner Politik, Geschichte und Staatsauffassung, hat in der DDR-Publizistik mehrere Wandlungen erfahren: Bis zur DDR-Gründung 1949/50 galt „Preußen“ als „reaktionärer“ und „militaristischer“ deutscher Teilstaat — eine Einstellung, die von den Erfahrungen preußischer Sozialisten wie Karl Marx, Friedrich Engels und Franz Mehring geprägt war und die durch die mit dem „Dritten Reich“, das sich auch auf „Preußen“ berief, noch verstärkt wurde, was in Buchtiteln wie „Der Irrweg einer Nation“ (1946) von Alexander Abusch zum Ausdruck kam. Eine Teilaufwertung Preußens erfolgte in den fünfziger Jahren, wobei argumentiert wurde, kein Volk könne auf Dauer ohne positive Beziehung zu seiner Geschichte und seinen nationalen Traditionen leben. Mit der Gründung der „Nationalen Volksarmee“ 1956 wurde eine Rückbesinnung auf die „Freiheitskriege“ 1813/14 und die deutsch-russische Waffenbrüderschaft verbunden.

Zwei Jahrzehnte lang war seitdem die Rezeption Preußens dadurch geprägt, daß man von zwei „Klassenlinien“, einer „progressiven“ und einer „reaktionären“, ausging, die den Geschichtsdualismus von 1806 bis 1918 nachzuweisen suchte, dabei aber das klassische Preußen des 18. Jahrhunderts aussparte. Erst Ingrid Mittenzwei von der Akademie der Wissenschaften gelang in den Jahren nach 1978 der Entwurf eines neuen Preußen-Bildes, wie er in ihrer Biographie „Friedrich II. von Preußen“ (1979) überzeugend ausgeführt ist. Sie geht von den „steinernen Zeugen“ preußischer Geschichte in Berlin und der Mark Brandenburg aus und widerlegt „bürgerliche“ wie sozialistische Preußen-Legenden, indem sie auch in Friedrich des Großen Politik positive Tendenzen findet. Seit 1978 gibt es in der DDR-Publizistik zwei Konzeptionen über Preußen, die bisher nicht in Übereinstimmung gebracht werden konnten.